

Bezugspreis:

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 25. September 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

An den Verhandlungstisch!

Die Entscheidung des Kabinettsrats.

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Kabinettsrat, der gestern unter dem Vorsitz Hindenburgs tagte...

Die politische Vernunft hat sich durchgesetzt gegen die „stärkste Regierungspartei“.

Das Ziel der Vorkonferenz ist, die staatlichen Beziehungen im Westen auf Grundlage der Gegenseitigkeit zu garantieren...

Es handelt sich dabei um ein Werk, dem die deutsche Sozialdemokratie und die gesamte Internationale das Beste Gelingen wünschen muss...

Indes ist es noch lange nicht so weit. Und gerade weil wir Sozialdemokraten das Gelingen des Werkes wünschen...

Mit Recht sagt die „Tägliche Rundschau“, daß es sich bei der Annahme der Einladung zur Konferenz um ein „Festhalten an der Politik“ handle...

„Freiwilliges Verfaulen!“ — so scholl es in der Runde. Und in der Tat, man kann es auch so sagen...

Darin liegt gewiß ein großer Vorteil für Frankreich, ein um so größerer, als ein Verzicht auf Elsaß-Lothringen...

fundiert ist als einer, der von einer deutschen Linksregierung erklärt worden wäre. Es liegt aber darin und in den Auswirkungen dieses Verzichts ein großer Vorteil für Deutschland...

Wir wünschen, daß die deutsche Regierung aufrichtig und vorbehaltlos die vertragsmäßig gegebenen staatlichen Besitzverhältnisse anerkennt...

Die Grundlagen der Entscheidung.

An unterrichteter Stelle wird die jetzt beschlossene Annahme der Einladung als eine Selbstverständlichkeit hingestellt. Es wird erklärt, daß jede anders lautende Entscheidung eine ganz dumme Politik gewesen wäre...

Bestimmend für die Annahme der Einladung ist jedenfalls in erster Linie der Bericht von Ministerialdirektor Gaus gewesen, der den von ihm offiziell mit den juristischen Sachverständigen der Alliierten vereinbarten Entwurf eines Garantiepaktes dem Kabinettsrat erläutert hat...

Gegen die Wahl von Locarno als Konferenzort scheint die schweizerische Regierung gewisse Bedenken geltend gemacht zu haben. Vermutlich, weil man dort unliebsamen Vorkommnissen vorbeugen wollte...

Die Tagesordnung der Konferenz steht noch nicht endgültig fest und muß noch zwischen den beteiligten auswärtigen Vertretern vereinbart werden. Ramentlich ist die Frage, ob und inwieweit Vertreter der polnischen und der tschechischen Regierung an der Konferenz teilnehmen werden...

Die Entsendung des Reichsanzlers Luther neben Dr. Stresemann hat nicht nur politische, sondern auch praktische Gründe: es kann unmöglich einem einzigen Unterhändler die physische Überlastung zugemutet werden...

schäftlichen Absichten jede Garantie gibt; wir halten es aber auch für selbstverständlich, daß daraufhin den Leiden der besetzten Gebiete ein Ende gemacht wird...

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Vorkongress reif wird in einer Zeit, in der — außer in Belgien — kein Sozialist den beteiligten Regierungen angehört.

Wir verkennen keinen Augenblick, daß die bürgerlichen Regierungen, die sich in der Schweiz an einem runden Tisch zusammensuchen werden, daß die Luther und Stresemann, die als die Delegierten der deutschen Rechtsregierung

würde, wenn ein einziger die ganze Arbeit und Verantwortung auf einer Konferenz tragen müßte, die so verschiedene und wichtige Probleme lösen soll.

Die deutschnationale Presse stellt es so dar, als ob die Unterhändler nur mit fest umschriebenen Richtlinien, also fast mit gebundenen Händen am Konferenztisch erscheinen würden...

Die wichtigsten Fragen, die auf der Konferenz geklärt werden müssen, stehen ähnlich wie auf der Londoner Konferenz im August 1924, offiziell nicht auf der Tagesordnung. Damals war es das Problem der Ruhräumung...

Die Reichsregierung scheint nicht gewillt zu sein, die Forderungen der nationalistischen Verbände und sonstigen Rindsköpfe zu erfüllen, daß eine große Kriegsunschuldaktion der deutschen Teilnahme an der Konferenz vorangehen soll...

Sind Hindenburg, Luther und Schiele noch Deutsche?

München, 24. September. (WZB.) Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei Bayerns hat heute in München getagt und ist dabei mißmutig den anwesenden Reichstagsabgeordneten einmütig zu dem Ergebnis gelangt...

dahin kommen, von den sozialistischen Idealen unendlich weit entfernt sind. Was sie zusammenführt, ist vor allem die Angst vor der krisenhaften Entwicklung der europäischen Wirtschaft und ihren politischen Folgen. Von zweideutigen Absichten im Sinn einer alten machtpolitischen Diplomatie sind sie nicht frei. Dennoch haben wir Grund zu triumphieren, denn unsere Gegner beugen sich vor einem Gedanken, für den wir seit Jahrzehnten gekämpft haben; wir haben aber auch, um es noch einmal zu sagen, allen Grund, wachsam zu sein und zu unterscheiden. Hier wird wieder einmal den Köpfen durch die Macht der Tatsachen Dialektik eingepaukt. Wir verlassen uns auf die Tatsachen, nicht auf die Köpfe.

Verstimmungen.

Die Volkspartei beklagt sich über die deutsch-nationale Nebenregierung.

Die deutsch-nationalen Wähler in der Provinz waren so naiv, ihrer Parteileitung Glauben zu schenken, als sie gegen den Gedanken eines Sicherheitspakts auf der Grundlage eines nochmaligen freiwilligen Verzichts auf Elsaß-Lotharingen Front machte. Sie verlangten deshalb die Einlösung des versprochenen Wechsels, als es galt, in der Frage „Sicherheitsverhandlungen oder nicht?“ Farbe zu bekennen. Da die Reichsregierung zu gleicher Zeit einen Gegenwechsel präsentierte, versuchte sich die deutsch-nationale Parteileitung dadurch aus der Affäre zu ziehen, indem sie ohne Rücksicht auf außenpolitische Interessen ihre Mitglieder über die Bedeutung der bevorstehenden Verhandlungen hinwegzutäuschen versuchte. Vor allem die Hugenberg-Prese leistete sich Erstaunliches an derartigen Falschmeldungen. Die Presse der Volkspartei ließ diese Manöver der „stärksten Regierungspartei“ zunächst über sich ergehen, ohne zu mucken. Aber jetzt, da die Volkspartei gesichert ist, holt man das Veräumelte mit um so größerer Ungeniertheit nach. Die parteiamtliche Korrespondenz der Volkspartei schreibt den deutsch-nationalen Koalitionsgenossen und ihrer Presse folgende Wahrheiten ins Stammbuch:

„Die Opposition ist seit Wochen und Monaten bemüht, durch Falschmeldungen aller Art die Politik der Reichsregierung zu verächtlichen und das Vertrauen des Volkes zu erschüttern; der „Kolonialzeiger“ selbst hat sich durch seine berüchtigten Falschmeldungen über die angeblichen privaten Fühlungsverläufe Stresemanns in Paris eine Ehrenmedaille in diesem Kampfe gegen die Regierung erworben, wenn sie vergeben werden könnte; das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände darf in den Spalten des „Kolonialzeigers“ erneut von Verrat und einem zweiten Verfall reden; Parteivorstand, Reichstagsfraktion und Landesvorsitzende der deutsch-nationalen Volkspartei dürfen sich — unbekümmert um den dadurch hervorgerufenen beunruhigenden Eindruck einer Nebenregierung — genau zu demselben Zeitpunkt in Berlin versammeln, wo die Kabinettsberatungen stattfinden; alles das fällt nicht ins Gewicht. Wer die Politik der Reichsregierung hemmt, ist einzig und allein die Deutsche Volkspartei, weil sie sich in einer effizienten Rundgebung hinter die Politik der Reichsregierung gestellt hat, was der Reichsaußenminister Dr. Stresemann bedauerlicherweise zugeht. Meiner der „Kolonialzeiger“: Das Protokoll ist krank und soll sich in Behandlung geben.“

Wenn die Korrespondenz die Hugenberg-Prese überdies beschuldigt, in unehrenhafter Weise unter den Mitgliedern der Volkspartei auf Absonnerung zu gehen, so vervollständigt das das schöne Bild von der Eintigkeit und „nationalen“ Geschlossenheit, mit der die Rechtsparteien den „Feindbündelstaaten“ am Konferenzort gegenübertraten. Die deutsch-nationale Parteileitung aber dürfte nicht gerade erfreut sein über den Rippenstoß, mit dem ihre so teuer erkaufte Zugehörigkeit zur Konferenz quittiert wird. Sie glaubte andere zu überbügeln und muß sich selbst wie ein Tölpel behandeln lassen.

Die Franzosen bei Cassirer.

Nach langer Pause hat sich Paul Cassirer wieder zu intensiverer Kunstfertigkeit entschlossen. Er eröffnet seinen Salon in der Viktoriastraße mit einer Uebersicht der Kunst, die seinen Namen berühmt gemacht hat, weil er das Meiste dafür getan hat, daß sie bei uns festen Fuß faßte: der französischen Impressionisten.

Hier kann man nun feststellen, ob es ein wirkliches Verdienst war, das sich dieser erfahrene Händler mit der Einführung der Franzosen in die Kunst erworben hat, und ob es überhaupt ein Verdienst war. Die Tatsachen liegen klar: all diese ausgefallenen Bilder, durchgängig aus Berliner Privatbesitz, sind einmal durch Vermittlung von Cassirer in den Besitz deutscher Sammler gekommen; und es gibt so viele von ähnlichem Rang in den privaten Galerien Berlins, Dresdens, Hamburgs, des Rheinlands usw., daß eine Schau von gleicher Qualität mit anderen Bildern derselben Meister noch ein halb Duzend Mal veranstaltet werden könnte.

Was sagen also die Bilder? Wird man enttäuscht oder hat es sich der Mühe gelohnt, ist hier eine Kulturart vollbracht worden?

Es wird keinen Kenner, ja kaum einen Menschen mit unvoreingenommenem Blick geben, der hier nicht restlos für die französische Malerei eingenommen würde. Meisterwerke sind darunter, deren Wert materiell sich kaum ausdrücken läßt; das Ganze aber von einer überwältigenden Qualität. Daumier, Manet, Degas, Renoir, Cézanne, Toulouse-Lautrec, Monet sind mit Bildern vertreten, die nicht nur zu ihren schönsten gehören, sondern sich als Meisterwerke neben den großen Malern der Vergangenheit ebenbürtig erweisen. Mehrere Landschaften, das das Brotstillleben, die blauen „Badenden“ von Cézanne, die Dame vor der Eisenbahn, die Marins, der Spargel Ranais, der große Akt und das frühe Selbstbild Renoirs, die drei Daumiers, der Tänzerinnenkreis von Degas, die Arlesierin von Cézanne möchte man unter diesem Gesichtspunkt nennen. Dies ist schließlich große, heute schon klassisch gewordene Kunst, geistiges Eigentum der ganzen Welt.

Und um der Allgemeingültigkeit und (soweit Kunst überhaupt aufgenommen wird) Unveränderlichkeit dieser Bilder, dieser absoluten malerischen Schönheit willen bilden sie eine Bereicherung unseres Besizes in jedem Sinne.

Bedenken wir, daß die Ausstellung nur einen kleinen Bruchteil unserer öffentlichen und privaten Sammlungen enthält, und daß Deutschland zweifellos den besten Teil dieser Kunst überhaupt herbergt, so müssen wir zu dem Schlusse kommen, daß es tatsächlich ein Verdienst um die Kultur war, die französischen Impressionisten bei uns einzuführen, als sie noch reichlich zu haben waren. Denn solcher Besiz ist nicht nur materiell von immer steigendem Wert, ein Kriterium unserer Bilanz, das durchaus ins Gewicht fällt; er ist

Schwarzweißroter Zirkus. Notwendige Ablenkungsmanöver.

München, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Ende Oktober sind in Bayern große Zentenarfeiern für den einstigen König Ludwig I. geplant, dessen hundertjähriger Regierungsantritt auf den 25. Oktober fällt. Die Anregung hierzu ist von Berlin aus erfolgt. Durch merkwürdige Mittelsteute ist man gleichzeitig an den ehemaligen Kronprinzen Rupprecht herangekommen. Die Bayerische Volkspartei soll dabei führend hervortreten. Ein kleiner Ausschuss ehemaliger bayerischer Offiziere ist mit den ersten Vorarbeiten beschäftigt. Geplant ist in München am Vorabend des 25. Oktober eine große Feier auf dem Königsplatz mit anschließendem Fackelzug und Zapfenstreich sämtlicher bayerischer Reichsmehr- und Landespolizeiposten, Festgottesdienst am nächsten Tage und ein künstlerisch arrangierter Festzug. In einem späteren Sonntag soll eine Feier auf der Walchstraße bei Regensburg stattfinden. Dazu sollen Vertreter aller früheren bayerischen Familien zusammengezogen werden. Eine bayerisch-paritätische Aufzählung der Feiern soll nach der Berliner Anweisung nach Möglichkeit vermieden werden.

So interessant es wäre, näheres über die Berliner Stelle zu erfahren, die die Anregung zu dem Monarchistenrummel gegeben hat, so zweifellos ist es, sich an die „maßgebenden“ Instanzen zu wenden. Dort kneift man nach allen Regeln der Kunst, wenn es gilt, Farbe zu bekennen, und mag es sich auch um die schwarzweißrote Leibfarbe handeln. Als sich der bayerische Innenminister bei seinem antirepublikanischen Feldzug gegen das Bannwesen des Reichsbanners auf das Einverständnis des Reichsinnenministers Schiele berief, schwieg dieser in allen Sprachen, und so wird er auch jetzt schweigen, wenn sich die bayerische Regierung bei ihrem Monarchistentheater auf einen Wink vom Reich beruft.

Der Zweck der „Berliner Anweisung“ ist im übrigen durchsichtig genug. Der Termin, an dem der Sicherheitspakt abgeschlossen wird, nähert sich. Die deutsch-nationalen werden den Gang nach Konossa antreten müssen, wenn sie sich nicht vor der ganzen Welt blamieren wollen. Um den Rückzug vor ihren Wählern zu decken, lassen die deutsch-nationalen Minister die landesfürstlichen Familien ansetzen. Nach der außenpolitischen Farbe folgt das innenpolitische Schmierenspiel. Denn daß man mit derartigen Zirkuspantomimen nicht an dem Bestand der Republik rüttelt, werden nach den bisherigen Erfahrungen selbst deutsch-nationale „Führer“ einsehen. Sie sind schon einmal kläglich abgefahren, als sie ein schwarzweißrotes Theater im Reichstag aufzuführen versuchten, und wählten deshalb diesmal wohlweislich Bayern zum Schauplatz aus.

Vorstoß der Schulreaktion.

Braunschweig macht den Anfang.

Braunschweig, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die braunschweigische schwarzweißrote Regierung hat zu einem Hauptstoß gegen die braunschweigischen Schulen ausgeholt. Seit dem Jahre 1923 besteht in Braunschweig ein Schulerlaß, nach dem in den Schulen Religionsunterricht nur in den dazu bestimmten Religionsstunden erteilt werden darf. In den übrigen Stunden darf mit Rücksicht auf den großen Prozentsatz der dissidentischen Kinder eine religiöse Beeinflussung nicht stattfinden. Die Stahlhelm-Regierung hat jetzt diesen Erlaß aufgehoben und alle braunschweigischen Schulen zu Bekannnischulen erklärt. Die Beschäftigung von Lehrern, die dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis nicht angehören, soll davon abhängig gemacht werden, daß sie gegen den Charakter der Schule nicht verstoßen. Dissidentischen Lehrern darf der Unterricht in Deutsch, Geschichte und Geographie nicht übertragen werden. Dieser Erlaß bedeutet eine Knechtung der Gewissensfreiheit der Schulkinder und Lehrer. Viele tausend Dissidentenkinder (in der Stadt Braun-

schweig ist jeder sechste Mensch Dissident) sind damit der religiösen Beeinflussung wieder ausgesetzt, und fast hundert dissidentische Lehrer können, wenn es der Regierung paßt, auf die Straße gesetzt werden. Die Leistungen in Religion sollen auch im Zeugnis wieder gewertet werden. Die braunschweigische Regierung hat damit schon die drohenden Bestimmungen des Reichsschulgesetzentwurfes in die Tat umgesetzt.

Die Maßnahme der braunschweigischen Regierung ist eine Ungehörigkeit. Sie verstößt gegen den klaren Sinn der Verfassung. Von der Reichsregierung ist natürlich eine Intervention nicht zu erwarten. Der Vorstoß der braunschweigischen Reaktion liegt durchaus auf der Linie des Schiele'schen Schulgesetzentwurfes. Um so dringlicher ist die Forderung, auf diesem Gebiete Klarheit zu schaffen.

Die Tafterkuche, die der Reichsinnenminister bisher in dieser Frage unternommen hat, haben eine einheitliche Ablehnung der Öffentlichkeit über die Kreise der liberalen Parteien hinaus ergeben. Auch die übergroße Mehrzahl der Länder und die Pädagogen haben den mittelalterlichen Versuch einer Gewissensnebelung weit von sich gewiesen. So, selbst bei den Anhängern des Zentrums begegnet der Plan Schiele's, wie Ausführungen des Mainzer Zentrumsorgans beweisen, dem größten Mißtrauen. Der Vorstoß der braunschweigischen Regierung zeigt, wie notwendig es ist, im Reichstag eine baldige Klärung herbeizuführen.

Wirtschaftskrise in Ostoberschlesien.

Grabski verbrüderet sich mit der sozialen Reaktion.

Breslau, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Während sich in Warschau die polnischen Sozialisten als auch die in Ostoberschlesien besonders interessierte Korstant-Gruppe um eine Aenderung der polnischen Volkspolitik bemühen, hat der in seiner Stellung bedrohte Ministerpräsident Grabski, der der eigentliche Träger dieser Politik ist, in Ostoberschlesien neue Freunde gewonnen. Er hat vor kurzem ostoberschlesischen Industriellen erklärt, daß er gegen eine Beeinträchtigung des Achtstundentags für Ostoberschlesien angesichts der erzwungenen Lage der dortigen Industrie keine Bedenken habe. Angeblich ist Grabski auch bereit, den sozialer denkenden Arbeitsminister wegen dieser Frage zu opfern. Gegen die Aufrechterhaltung des Achtstundentags in Ostoberschlesien sind polnische und deutsche Industrielle gemeinsam Sturm gelaufen. Grabski heißt offenbar, durch sein Entgegenkommen an die soziale Reaktion die Kritik dieser ostoberschlesischen Unternehmer an seiner Handelspolitik zu mildern. Der Widerstand der ostoberschlesischen Gewerkschaften wird kaum sehr wirksam sein können. Denn infolge der Arbeitslosigkeit und des Lohndrucks ist der Prozentatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im polnisch-gewerblichen Teile des Industriegebietes von 68 Proz. der gesamten Belegschaften bereits nach den letzten offiziellen Angaben auf 23 Prozent gesunken; er dürfte nach Abzug der Arbeitslosen kaum noch 7 Proz. betragen. Der Rückgang der polnischen Gewerkschaften hat neuerdings eine sichtbare Stärkung der deutschen Gewerkschaften gebracht, die aber die Schwächung der polnischen Organisation der Arbeiterkraft nicht ausgleichen kann. Die Belegschaften der Hütten sind durchschnittlich auf 30 Proz. herabgesunken und auch die der Gruben sind stark zurückgegangen.

Während im deutsch-oberschlesischen Bergbau und in einem Teil des Waldenburger Bergbaubetriebs durch das Ausbleiben der ostoberschlesischen Kohle sich die Wirtschaft- und Arbeitslage in letzter Zeit zweifellos gebessert hat, leidet die schlesische Exportindustrie und auch die Versorgung Ostdeutschlands mit billigeren polnischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Das Deutschtum in Ostoberschlesien selbst wird durch die schwere Wirtschaftskrise zu einem großen Teil völlig entmuttert und bemüht sich immer mehr um die Abwanderung ins Reich, wodurch der deutsche Charakter Ostoberschlesiens noch mehr bedroht und die Lage des Arbeitsmarktes in Deutsch-Ostoberschlesien nicht verbessert wird.

Eine Falschmeldung. Das Haas-Bureau hat von Genf aus die Meldung verbreitet, daß die Führer der deutschen Sozialdemokratie Hermann Müller und Otto Wels in Genf eingetroffen seien. Diese Meldung ist unzutreffend. Sowohl Hermann Müller wie Otto Wels befinden sich in Berlin.

vor allem ein ideales Gut, dessen Kostbarkeit sich erst in der Zukunft richtig auswirken wird. Um französische Malerei kennen zu lernen, wird man nicht nach Frankreich, sondern nach Deutschland gehen müssen.

Dr. Paul J. Schmidt.

Der größte Tunnel der Welt. Wie der „Quadrant“ berichtet, werden am 1. Oktober d. J. die beiden Dämme gesprengt werden, die den Koope-Tunnel bei Marseille vom Meere abschließen. Die Schiffe können alsdann vom Mitteländischen Meer in den sogenannten Canal de Berre einfahren und ihren Weg nach Lizes und der Rhone fortsetzen. Dieser unterirdische Kanal ist wohl der größte Tunnel der Welt; er ist benannt nach dem Fürsten Koope, unter welchem er verläuft. Koope liegt mitten in der ausgedehnten Barentzette der Berre, die auf 10 Kilometer Breite und 30 Kilometer Länge den Canal de Berre vom Meere trennt. Die Durchstichung dieser Bergseite war der schwierigste Teil des großen Projekts, einer direkten Verbindung der Nordsee mit dem Mitteländischen Meer durch Rhein, Doubs und Rhone. Boreest beabsichtigte man nur einen Wasserweg zwischen Rhone und Marseille einzurichten, da die Rhone bei ihrem Delta zu unregelmäßig und für einen regelmäßigen Schiffsverkehr zu gefährlich ist. Mit einer Höhe von 14,50 Meter ist der Tunnel der größte (nicht der längste) der Welt. Während der 1498 Meter lange Gauthard-Tunnel die Entfernung von 1 Million Kubikmeter Geröll erfordert, der Simpson-Durchstich, der aus zwei Tunneln besteht und eine Länge von 19.800 Meter hat, nur 1.600.000 Kubikmeter Abtragung verlangt, machte der Koope-Tunnel eine Erdbehebung von 2.300.000 Kubikmeter nötig. Die Kosten werden 216 Millionen erreichen, wovon 112 allein auf den Koope-Tunnel entfallen.

Ein Segelwagen. Ein sportlich hochinteressantes Ereignis spielte sich am 20. September auf dem Wattenmeer bei Gurhaven ab. Der Ingenieur John Krook unternahm mit einem geradezu glänzenden Erfolg den Versuch, die Watten mit einem nach den Plänen des Stadtbauamteilers Jung gebauten Segelwagen zu befahren. Der Wagen kaufte mit Automobilschwindigkeit über die Watten. Auch ein Brief wurde von ihm genommen. Infolge eines Bruchs in der Takelage wurden die Versuche abgebrochen. Gewiß wird die wachsende Erfahrung auf diesem Gebiete noch manche Neuerungen und Verbesserungen bringen, doch hat sich die Konstruktion des Wagens schon bei dem ersten Versuch als durchaus brauchbar erwiesen. Der vierwädrige Wagen besteht hauptsächlich aus drei aus Stahlrohren hergestellten Gitterträgern, um dem Winde möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten. Er ruht auf solchen Autorädern und hat eine Automobilsteuierung. Die Vorderachse, die den Wassertaum trägt, ist zur Vermeidung eines Umklippens des Segelwagens etwa fünfmal so breit wie die hintere. Der Wagen fährt ein Großrad und ein Fackelrad. Bei dem Versuch war er mit vier Personen besetzt. Es wird nunmehr beabsichtigt, solche Segelwagen nach nochmaliger Ausprobung und Durchkonstruktion serienweise zu bauen.

Gründung einer Platen-Gesellschaft. Vor einigen Tagen wurde in Erlangen auf dem Burgberg das Platen-Häuschen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, das durch den heimatsüblichen Verein er-

worben und völlig wiederhergestellt worden ist. Das Häuschen enthält Bilder, Bücher und Handschriften des Dichters und eine wohlgeordnete Platen-Bücherei von Ernst Benzold. Bekanntlich hat der Dichter von 1819 bis 1826 in Erlangen gewohnt. Am Tage vor der Eröffnung fand die Gründung der Platen-Gesellschaft statt, die der Uffage und Herausgabe von Platen bis heute nur wenig bekannten Werken dienen will und der u. a. Gerhart Hauptmann, Herbert Fuluenberg, Stefan Zweig, Hans von Hülsen und zahlreiche andere Künstler und Männer der Wissenschaft angehören.

Georg Schweinurths Nachlaß. Der gesamte wissenschaftliche Nachlaß des verstorbenen Kriegerführers Georg Schweinurth fällt, bereits zu seinen Lebzeiten getroffenen Vereinbarungen zufolge, dem Staat zu. Seine Briefe, Tagebücher und Aufzeichnungen allgemeiner Art sollen in die Handschriftenabteilung der preussischen Staatsbibliothek eingereiht werden; Zeichnungen und Niederschriften, freigelegt über Botanik, kommen ins Botanische Museum; das übrige, und vermutlich auch seine umfangreiche Bibliothek, in die Sammlung der Gesellschaft für Erdkunde.

Staatsoper. Barbara Remd wird als erste Partie in dieser Spielzeit die Marfasha in „Kolenopoller“ am Sonntag, den 27. d. M., singen. Am Freitag, den 25. d. M., wird im Opernhaus mit „Gintermezzo“ und „Puccinella“ und „Salome“ gegeben.

In den 6 Pflanzschulen kurz vor der Erntezeit der Wolltrunde unter Leitung von Heinz Liner werden als Solisten u. a. mitwirken: Arthur Schadel, Nicolai Orloff, Alma Readie, Zinaida Jurjanakaja, Lolita Leonard.

Das Buch-Quartett wird im kommenden Winter 4 Kammermusikabende und zwar am 20. November, 2. Dezember 1925, 10. und 18. März 1926 im Saale der Singakademie veranstalten. Die Ausgaben von 16. November zum Preise von 20, 16, 12, 8 und 4 Mark für 4 Abende erfolgt bei Bote & Bock und A. Bertelsmann nebst Plakaten.

Episoden. Freitag, den 16. Oktober, um 8 1/2 Uhr, beginnt in den Räumen des Zentralinstituts ein Einbürgerungskursus in Operanto, der jeweils freitags abends von 6 1/2 Uhr bis 8 Uhr stattfindet und sich vorwiegend über jede Abende erstrecken wird. Die Teilnahmegebühren betragen 2 M. Redungen und Antworten sind zu richten an das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Str. 150.

Wolther Rothemanns Neuerungen zur Reform des höheren Schulwesens und zum Werten des Lehrberufs hat Ernst Günther aus seinem Nachlaß zusammengestellt. Die „Neue Erziehung“ bringt dieses wichtige Dokument in ihrem letzten erscheinenden Heft.

Geopolitik an der Deutschen Hochschule für Politik. Die Deutsche Hochschule für Politik, die Geopolitik schon seit längerer Zeit in der Kreis ihrer Unterrichtsgegenstände aufgenommen hat, ist nunmehr zur Errichtung eines eigenen Seminars übergegangen. Hiermit wird zum erstenmal in Deutschland — im Sinne der Forderung des schwedischen Gelehrten Rudolf Kjellén — diese Disziplin nicht von der Geographie aus wie bei den Universitäten, sondern von den Staatswissenschaften und der Politik aus angelehrt, es wird also nicht politische Geographie, sondern eigentliche Geopolitik in enghem Zusammenhang mit Weltpolitik und Weltwirtschaft gelehrt.

Johann-Franck-Jelen in Oesterreich. Am 23. Oktober, dem hundertjährigen Geburtstag von Johann Franck, wird man in ganz Oesterreich nur nach den Klängen Strahliger Wasser laufen. Keine Kapelle, keine Musikant soll an diesem Tage moderne Lieder bringen; so will es ein Wunsch des Unterrichtsministers, dem wohl am ehesten gern Folge geleistet werden wird. Vor der Oper wird man am Abend „Die Niedermaus“ spielen. Schon jetzt bereits haben allerorten Vorbereitungen begonnen.

Nehringiaden des Landbundes.

Der Reichslandbund fordert weiter Staatskredite.

Der Gesamtoorstand des Reichslandbundes nahm in einer Sitzung am Montag folgende Entschliessung einstimmig an:

Die Landwirtschaft, ebenso wie die übrigen Berufsstände ihres Betriebskapitals durch die Inflation beraubt (1), hat, um die Ernährungsbasis des deutschen Volkes zu erhalten und zu erweitern, umfangreiche, teure Schuldverpflichtungen auf sich nehmen müssen. In ihrer Hoffnung, diese aus den Erträgen der Ernte zurückzahlen zu können, sieht sie sich getäuscht. Dieser Notstand zwingt dazu, bei Rückforderung der Kredite auf die Lage der Erzeuger Rücksicht zu nehmen und die Festsetzung der Rückzahlungstermine mit den erst langsam einkehrenden Realkreditverpflichtungsmöglichkeiten in Einklang zu bringen. Die Kreditnot hat in allen Teilen der Wirtschaft zu ersten Schwierigkeiten geführt. Diese konnten naturgemäß den Handel innerhalb der landwirtschaftlichen Genossenschaften und den freien landwirtschaftlichen Handel nicht unberührt lassen. Sowas hierbei auch das Warenverkehrsministerium des Reichslandbundes in Mitleidenschaft gezogen ist, hat der Gesamtoorstand des Reichslandbundes in seiner Sitzung vom 24. September von der hierzu unternommenen Schritte der leitenden Stellen zustimmend Kenntnis genommen. Er hat dabei insbesondere die Auffassung vertreten, daß die Landwirtschaft den gerade in solchen Notzeiten gegebenen Weg des engsten Zusammenchlusses auch auf wirtschaftlichem Gebiet wird gehen müssen.

Diese Forderung des Reichslandbundes ist nichts anderes als eine Herausforderung der übrigen Berufsstände, die jetzt so schwer unter der Kreditnot leiden. In allen wirtschaftlichen Funktionen hat sich der Reichslandbund bisher als unfähig erwiesen, irgend etwas Positives für die Landwirtschaft zu leisten. Ein großer Teil seiner Genossenschaft ist infolge von Spekulationen und Unerschaffenheit ihrer Leiter zusammengebrochen. In derselben Zeit, in der der Reichslandbund über die Not der Landwirtschaft ächzte und stöhnte, hat er gewaltige Summen für vollkommen unproduktive Zwecke ausgegeben.

Der Reichslandbund hat so die Hindenburg-Wahl finanziert — jetzt ruft er nach der Reichsregierung, damit sie ihm zur Stundung der für diese Zwecke aufgenommenen Kredite verhilft. Indirekt soll also die Regierung aus Steuermitteln die Hindenburg-Wahl bezahlen!

Der Reichslandbund hat die gelbe Arbeiterbewegung mit großem Kostenaufwand in der Landwirtschaft organisiert und unterstützt. Jetzt soll die Allgemeinheit die Kosten dafür zahlen, indem man die Kredite weiter stundet.

Der Reichslandbund hat überall, wo er konnte, den Widerstand gegen die republikanische Staatsgewalt organisiert, er ist der Pfleger und Hüter der reaktionären Geheimorganisationen und seinen Mitteln verdanken die Fememörder ihre Existenz. Jetzt soll das Reich die Schulden stunden, die man auch für solche Zwecke aufgenommen hat.

Deshalb ist das Ansehen des Reichslandbundes auf das schärfste zurückzuweisen, um so mehr, als dieser bewußt und planmäßig die Gründung der Rentenbank-Kreditanstalt hinausgezögert hat, solange diese nicht entsprechend seinen Absichten organisiert war. Die Rentenbank-Kreditanstalt aber hätte, wäre sie eher ins Leben getreten, schon viel früher die Anleiheaktionen im Auslande vornehmen können, deren erste eben zum Abschluß einer 100-Millionen-Mark-Anleihe in Amerika geführt hat. Jetzt soll die Reichsregierung für die Unfähigkeit der Landbankführer einspringen und die Verlängerung der Kredite erwirken. Das ist natürlich nur auf Kosten anderer Kreditnehmer, besonders der Industrie, möglich.

Hätte der Reichslandbund mit seinen Vorstellungen Erfolg, so wäre das ein Nehring-Standard, ein ungeheuerliche Übertrag. Wieder würde in ein verkrachtes Unternehmen, das mit produktiver Wirtschaft nichts zu tun hat, eine Inflation von Geld hineingesteckt werden, bloß weil einige „Herren von und zu“ es für nötig finden, ihre Kreditwürdigkeit mit verbrieften Titeln und veralteten Privilegien zu begründen.

Wirklich notleidenden und erfolgreich wirtschaftenden Betrieben der Landwirtschaft kann selbstverständlich geholfen werden, wo die Not nachweisbar und der wirtschaftliche Erfolg garantiert ist. Dazu bedarf es aber der Vermittlung des Reichslandbundes nicht, der als rein politische Organisation mit scharf reaktionärem Einschlag in keinem Falle das geeignete Organ ist, die wirtschaftlichen Interessen des schaffenden Landvolkes zu vertreten. Rame die Verlängerung der Kredite nach seinen Wünschen zustande, so wäre das der größte Korruptionsandal und die niedrigste Verquickung von Politik und Geschäft, die Deutschland je erlebt hat. Wir zweifeln, daß die Reichsregierung trotz ihres 700-Millionen-Beschertes an die Ruhrindustrie sich einem solchen Vorwurfe aussetzen wird.

Arzt und Untersuchungsgefängerter.

Ein neuer Erlass des Wohlfahrtsministers.

Der Preussische Wohlfahrtsminister hat, einer Anregung des Hölle-Ausschusses folgend, den alten Erlass über die gerichtsarztliche Begutachtung durch einen neuen ersetzt, dem folgendes zu entnehmen ist:

Bei den Worten des früheren Erlasses, wonach der Gerichtsarzt als Sachverständiger vor Gericht ein Gedülde des Richters zur Durchführung einer geordneten Rechtspflege sein soll, handelt es sich nicht um einen neuen Begriff, sondern um einen, schon in der Begründung zur Strafprozessordnung enthaltenen, allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz, der für alle Sachverständigen vor Gericht gilt. Jener Satz bedeutet aber nicht, daß der Richter den Gerichtsarzt in seiner ärztlichen Überzeugung oder wissenschaftlichen Begründung eines Gutachtens irgendwelche Beschränkungen setzen darf. Jeder Sachverständige muß nach seinem Gewissen und nach den Umständen unparteiisch abgeben. Im übrigen gelten die Worte (Gedülde des Richters) nur für die Tätigkeit des ärztlichen Sachverständigen vor Gericht, nicht aber für die ärztliche Begutachtung von Untersuchungsgefangenen durch den Gefängnisarzt.

Der Verfall des Erlasses über die Frage des „Blickverwechsels von Untersuchungsgefangenen“ gibt lediglich die geltende Rechtslage wieder. Er bezweckt nur, den Arzt auf die rechtlichen Gesichtspunkte hinzuweisen, die der Richter bei der Frage der Haftentlassung eines kranken Untersuchungsgefangenen zu beachten hat. Eine Bindung des ärztlichen Gutachters etwa in dem Sinne, daß er zu prüfen hätte, ob ein Untersuchungsgefangener als suchverderblich anzusehen sei, bedeutet jenen Verfall nicht. Der Arzt soll lediglich nach medizinischen Gesichtspunkten prüfen, ob und welcher gesundheitliche Schaden bei der Aufrechterhaltung der Haft

Geburtenrückgang und Volkswohlfahrt

Sozialhygienische Debatte im Landtag.

Der Landtag setzte gestern die Beratung des Haushalts des Volkswohlfahrtsministeriums fort.

Abg. Dr. Wenf (Soz.):

Wir müssen vor einem allzu großen Optimismus hinsichtlich der Gesundheitsverhältnisse im Volk warnen. Gemäß der allgemeinen Sterblichkeit ist in Deutschland pro Tausend von 15 auf 12,5 und die Säuglingssterblichkeit von 20,7 Proz. im Jahre 1919 auf 10,8 Prozent im Jahre 1924 zurückgegangen. Diese Zahlen geben jedoch keinen genügenden Maßstab für die tatsächlichen Gesundheitsverhältnisse. Erstens ist die Säuglingssterblichkeit in anderen Ländern, z. B. in Schweden, noch viel geringer als in Deutschland, und auf der anderen Seite haben die Todesfälle infolge von Kindbettfieber gemaltig zugenommen. (Sehr richtig! links.) Im Jahre 1913 gab es 21,9 Proz. solcher Todesfälle, im Jahre 1921 lag und schreibe 46 Proz., — trotz aller Fortschritte der Hygiene. Schuld an diesen furchtbaren Zahlen sind die Zunahme der fötalen Fehlgaburten und die traurigen Wohnungsverhältnisse. Wie ich unter diesen Umständen diejenigen als Hüter der Volksgesundheit aufpassen wollen, die immer wieder gegen die Aufhebung der §§ 218 und 219 vorgehen, ist völlig unbegreiflich. Im Mittelpunkt unserer Gesundheits- und Bevölkerungspolitik steht

das Problem des Geburtenrückganges.

In Berlin haben wir im Jahre 1870 47,2 Geburten auf 1000 Einwohner festgestellt; im Jahre 1923 sind es nur noch 10,4 Proz. Die schweren wirtschaftlichen Verhältnisse spielen hier eine große Rolle. Wenn der Staat und unter den Parteien besonders das Zentrum von den ausgegrenzten Frauen des Volkes die Gebärpflicht verlangen, dann obliegt dem Staate auch die Nahrungspflicht. Es ist uns schmerzhaft, wie die Parteien, die für die Schutzverordnungen eingetreten sind, den Kampf gegen den Geburtenrückgang aufnehmen wollen. Die Schutzverordnungen sind ein Aktentat auf die Volksgesundheit und ein Schlag gegen jede Bevölkerungsplanung. Mit der ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel wird die Tuberkulosebekämpfung illusorisch gemacht. Schon im Jahre 1902 erklärte Reumann bei der Beratung der Zollvorlage, der Tuberkulose sei dem besseren Brot, bei billigerem Brot würden die Lungen freier und stärker — oder: anders ausgedrückt: je teurer das Brot, um so mehr Erkrankungen und Todesfälle! Wenn augenblicklich insolge Kreditwürdigkeiten Getreideabstufungen erfolgen, so ist dies nur eine vorübergehende Erscheinung, die an der großen Verteuerungswelle nichts ändert. Die Fleischverteilung ist ebenfalls eine unerschreitbare Tatsache. Arbeiterzuschuß, Arbeiterversicherung, Wöchnerinnenzuschuß, Tuberkulosebekämpfung usw. auf der einen Seite, Verteuerung der Lebensmittel auf der anderen — das bedeutet zwei Fierde vor den Wagen und vier hinter den Wagen spannen.

Die Deutschericht des Wohlfahrtsministeriums — mir beantragen ihre Ueberweisung an den bevölkerungswissenschaftlichen Ausschuss — ist eine fleißige Arbeit, aber ihre Zahlen sind trübselig. Nach der Denkschrift ist

die allgemeine Sterblichkeit in Preußen

auf 11,77 pro 1000 Einwohner gesunken, die Tuberkulosesterblichkeit auf 11,8 pro 1000 Einwohner und die Säuglingssterblichkeit auf 10,57 pro 100 Lebendgeburt. Wenn diese Zahlen wirklich stimmen sollten, dann darf nicht vergessen werden, daß besonders im Jahre 1923 der Tod unter den Kindern und den ältesten Leuten reiche Ernte gehalten hat, so daß für ihn zurzeit nicht mehr so viel übrig geblieben ist. (Sehr richtig! links.) Auch die Denkschrift muß gestehen, daß der Gesundheitszustand der kleinen Kinder unter allen Altersklassen der schlechteste ist. Das sind die Kinder, die in der Inflationszeit geboren wurden. Wenn auch die Sterbefälle zurückgegangen, so hat doch die Anfälligkeit und die Zahl der Krankheiten gemaltig zugenommen.

Es ist also nötig, daß bei unserer Volkswohlfahrt alle Hilfsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Der bevölkerungswissenschaftliche Ausschuss und auch der Hauptauschuss hätten eine Reihe von Kaufordnungen bewilligt, allein vor einigen Tagen hat der berüchtigte „Hängeauschuss“ alles wieder vernichtet. Eine Reihe von Positionen sind wieder gestrichen worden, die für die Volksgesundheit geradezu unentbehrlich sind. So sind die 30.000 M., um die wir den Fonds zur Bekämpfung der Krebserkrankung erhöhen wollten, gestrichen worden.

Die Medizinabteilung

ist im Laufe der letzten Monate sehr rührig gewesen; wir erkennen das gerne an. So sind beispielsweise eine Reihe Anträge aus dem Hauptauschuss, die vom Plenum noch nicht ratifiziert sind, auf dem Verwaltungsweg der Derwirklichkeit nähergeführt worden. Besonders anerkennenswert ist die Arbeit der Medizinabteilung auf dem Gebiete der Wahlen für die Kerkzietammer, für welche die Vorlage die Einführung der Verhältniswahl vorseht. Ferner soll endlich in den nächsten Wochen ein Entwurf zur Förderung der Grenzgesetzgebung dem Staatsministerium vorgelegt werden. Auch in der Frage der Impfwangengesetzgebung ist der Stein ins Rollen gebracht worden; den ärztlichen Gegnern der Impfwangengesetzgebung soll die Möglichkeit gegeben werden, vor dem Landesgesundheitsrat ihre Ansicht zu äußern. Ebenso wird nun endlich die Frage des Verhältnisses der Zahnärzte zu den Technikern bald einer Lösung entgegengeführt. Im Rahmen meiner politischen Freunde habe ich ausdrücklich hervor, daß

für einen Gefangenen entstehen, und inwieweit der Gefangene durch seine Krankheit in seiner Bewegungsfähigkeit beeinträchtigt wird. Die Entscheidung über die Haftentlassung steht nur dem Richter zu.

Der Gerichtsarzt hat sich gegebenenfalls auch darüber zu äußern, ob die Einrichtungen des Gefängnisarztes eine ordnungsgemäße Behandlung des kranken Gefangenen ermöglichen, und im Einzelfall die Verlegung des Gefangenen in eine Krankenanstalt zu beantragen.

Gegenüber den Worten, wonach sich manche Ärzte bei ihren Attesten durch eine „unangebrachte Milde“ haben beeinflussen lassen, wird betont, daß der Arzt bei seiner Begutachtung auch jede unbegründete Härte gegenüber Untersuchungsgefangenen vermeiden soll.

Für die ärztliche Behandlung kranker Gefangener (auch durch Nachärzte) gelten lediglich die hierüber schon vor längerer Zeit vom Justizminister erlassenen Vorschriften.

Die den Medizinbeamten gegebenen Richtlinien, insbesondere die Bestimmung, wonach gerichtsarztliche Gutachten von den Medizinbeamten nicht mehr als privates Gutachten, sondern nur auf Ersuchen der Gerichte oder Staatsanwälte auszustellen sind, sind im staatlichen Interesse geboten; sie bedeuten keine neue Vorchrift, sondern bringen nur langst bestehende Bestimmungen in Erinnerung.

Der seinerzeit nur an die Medizinbeamten gerichtete Erlass bezweckt nicht, die Gutachterteiligkeit nicht-beamteter praktischer Ärzte einzuschränken. Eine solche Einschränkung wäre nach den geltenden Gesetzesvorschriften gar nicht zulässig. Im übrigen sind die Gerichte in der Würdigung der Atteste von Privatärzten frei und an Anweisungen nicht gebunden.

Der Vorkentrat des Reichstags ist für kommenden Sonnabend, 2½ Uhr vormittags, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Kommunisten auf sofortige Einberufung des Reichstages, um zur außerpolitischen Lage Stellung nehmen zu können.

wir wünschen, der bewährte Mann an der Spitze unserer Medizinabteilung möge uns noch möglichst lange erhalten bleiben.

Abg. Wenf behandelt dann eingehend

das Verhältnis zwischen den Ärzten und den Krankenkassen.

Er verweist dabei auf den Bericht des Oberregierungsrats Röde im Reichsgesundheitsamt über seine Erfahrungen in Ausland, wo einigermassen die sozialistischen Anschauungen über die Behandlung der Kranken sowie über die Bewertung der Ärzte in die Tat umgesetzt sind. Röde schreibt, daß in Russland der Arzt der Zukunft den kranken Menschen nicht mehr als Objekt zur Erhaltung seiner ärztlichen Ertziness zu betrachten brauche. Er habe naturgemäß ein persönliches Interesse an der Gesunderhaltung der Bevölkerung seines Reviers. Er wisse, daß er zu diesem Zwecke sein Augenmerk vor allem auf die Prophylaxe richten muß. Bei uns ist nur den beamteten Ärzten die Anwendung prophylaktischer Maßnahmen geboten. Sie muß aber universell gestaltet und zum Gemeingut aller Ärzte werden. Früher oder später müssen wir zu einer Planwirtschaft in dem Verhältnis zwischen Kranken und den Ärzten kommen. Bisher haben Vertreter der Ärzte noch dieser Richtung verjagt; sie haben die anderenbelebten Kollegen mit Terror und Boykott bedroht. Zwischen den Ärzten und Kassen muß endlich einmal Ruhe und Ordnung einreten. Mit Hilfe des im Hauptauschuss angenommenen Antrags müssen die beiden Organisationen endlich einmal an der Verhandlungstisch gebracht werden. Kassen und Ärzte gehören zusammen. Erfreulicherweise hat der Leipziger Verband unserer Auffassung gegenüber jetzt wenigstens ein bescheidenes Entgegenkommen gezeigt; er beschloß auf der jüngsten Tagung in Leipzig im Rahmen einer Planwirtschaft dafür zu sorgen,

daß die Ärzte gebührend auf Stadt und Land verteilt werden sollen.

Es ist höchste Zeit, daß zwischen den Kassen und den Ärzten der Frieden hergestellt wird, denn wie weit die Dinge bereits gediehen sind, zeigt der Akt des Leipziger Verbandes, der den Krankenkassen die Einrichtung von Fortbildungskursen für die Ärzte und Kassenvorstandsmitglieder verbieten will. Gegen diese ungebührliche Art der Beeinflussung müssen die Behörden einschreiten. Ebenso hat der Verband der Ärzte Krankenhäuser gesplerrt, die von Krankenkassen eingerichtet worden sind, z. B. das Coelien-Krankenhaus in Charlottenburg. So geht es nicht. Die Kassen sind nicht die Feinde der Ärzte. Sie wissen, daß die gegenwärtige Bezahlung der Ärzte unzulänglich ist und eine entsprechende Zahlung im Interesse der Arbeitsfreudigkeit erfolgen muß. Auf der anderen Seite sollen die Ärzte sich freilich und materiell auf einen Ausgleich mit den Kassen einlassen. Die Beratung der Spitzenorganisation zur Regelung der Gebührenfrage muß sobald wie möglich erfolgen. Der Frieden zwischen den Kassen und Ärzten wird der Förderung der Volksgesundheit zum Segen sein. (Beifall links.)

Abg. Dr. Quast-Jassem (Dnat.) trägt die alten Phrasen von der Schuld des Berliner Distrikts an Armut und mangelnder Volksgesundheit auf. Der „Segner“ wolle den Untergang der deutschen Volkstrost. Er wehrt gegen die „verbrecherische Geburtenverminderung“ und erklärt, der „Druck der Armut“ dürfe nicht zu einem Geburtenrückgang führen!

Abg. Frau Dr. Klausner (Dem.) unterstützt die Anträge auf stärkere Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten und weist vor allem auf die Gefahr einer Entvölkerung infolge des erschrecklichen Umfangs des Geburtenrückganges hin. Um so wichtiger sei die Sorge für den Säugling.

Abg. Dr. Böhm hält die für den Etat des Wohlfahrtsministeriums eingelegten Mittel für zu gering und bemängelt die Personalpolitik des Ministers bei der Ernennung von Kreisärzten und Medizinbeamten.

Abg. Dr. Weller (Z.) bezeichnet das juristische Wohnungsrecht als eine Hauptursache des schlechten Standes unserer Volksgesundheit. Hier werde die notwendige Reform leider immer wieder durch den Mangel an den notwendigen Mitteln gehindert. Das habe ich bemängelt habe nicht alle Hoffnungen erfüllt.

Die im Untersuchungsausschuss über den Tod Höfles aufgedeckten Zustände hätten die Notwendigkeit erwiesen, den Ministerialerlass vom 23. August 1924 an die Medizinbeamten über die Haft- und Verhandlungsfähigkeit nachsprüfen.

Die Aufhebung des § 218, des sogenannten Abtreibungsparagraphen, würde bevölkerungspolitisch, ethisch und gesundheitlich ein Unglück sein. Fast die gesamte Kerkzietchaft sei gegen die Aufhebung.

Abg. Gehrmann (Komm.) verlangt wesentliche Erhöhung des Etats für die Volksgesundheitspflege.

Abg. Bischof (M. Bg.) wiederholt die bekannte Behauptung der Wirtschaftspartei, Abbau der Wohnungsämter sei gleichbedeutend mit Abstellung des Wohnungsetats. Auch er wendet sich scharf gegen den Ministerialerlass über die Gerichtsmedizinbeamten.

Nach lokalen Wünschen des Abg. Gieseler (Hll.) weist Abg. Frau Kauer (Soz.) auf die besonders große Sterblichkeit der unehelichen Kinder hin und verlangt größere staatliche Fürsorge auf diesem Gebiet.

Die Weiterberatung wird um ¼ 6 Uhr auf Freitag 12 Uhr vertagt. Außerdem kleinere Vorlagen und Anträge und die Vorarbeiten über die Wahlen der Provinziallandtage, Kreistage und der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Genfer Tagung.

Der Völkerverbund für Einberufung einer Wirtschaftskonferenz.

Genf, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Völkerverbundversammlung fuhr in ihrer Donnerstagssitzung mit der Entgegennahme der Kommissionsberichte und der Annahme der Resolutionen fort. Da diese schon durchweg Gegenstand der Verhandlungen in den Volkskommissionsitzungen waren, in denen jeder Staat Gelegenheit hatte, seine Wünsche und Forderungen geltend zu machen, ergab die Aussprache natürlich wieder das bekannte Bild vollkommener Uebereinstimmung. Fast ohne Debatte und einstimmig wurden angenommen die neugefaßte chinesische Resolution, ein von Frankreich eingebrachter Antrag, der den Wunsch auf Verbleiben Costa Ricass im Völkerverbund ausdrückt, und der Bericht über die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses.

Einen breiten Raum in der Vormittagssitzung beanspruchte die Besprechung der Resolution über die Vorbereitung einer Wirtschaftskonferenz, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Zunächst sprach dazu der zur französischen Delegation gehörende Führer der französischen freien Gewerkschaften Souhaig, dessen Initiative überhaupt das Zustandekommen dieser Entschliessung zu danken ist. Souhaig erinnerte die Versammlung daran, daß sie mit der Annahme dieser Resolution endlich die Durchführung des dritten der Wilsonschen 14 Punkte in Angriff nimmt, der besage, daß die Abhaltung aller wirtschaftlichen Absprachemaßnahmen einen einfachen Akt der internationalen Gerechtigkeit darstelle. Mit der Einberufung der Konferenz erfüllt man die alte Forderung der Gewerkschaften, die schon im Jahre 1919 auf der ersten internationalen Arbeitskonferenz in Washington nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt worden sei und durch deren Annahme die Völker bereits vor vielem Elend bewahrt worden wären. Nur die unrationale Organisation der heutigen Wirtschaft sei die Ursache der Arbeitslosigkeit und der ständig steigenden Lebenshaltungskosten. Durch internationale Abmachungen könnte den wirtschaftlichen Krisen Einhalt geboten werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Blumen- und Federnarbeiterinnen.

Zu den Stadteverordnetenwahlen.

In einer gut besuchten Gruppenversammlung der Blumen-, Blätter- und Federnarbeiterinnen im Fabrikarbeiterverband der Stadteverordnetenwahlmann über die Bedeutung der Stadteverordnetenwahlen für die Frauen. In klarer und überzeugender Weise wies er nach, wie segensreich sich die Schaffung der Einklingengemeinde Groß-Berlin für die Bevölkerung ausgewirkt hat, die in der Hauptsache das Verdienst der Sozialdemokratie ist. An der Hand zahlreicher Beispiele zeigte der Referent, wie wichtig es gerade für die Frauen ist, sich um die kommunale Tätigkeit zu kümmern. Zum Schluss forderte er auf, vollständig zur Wahl zu gehen und die Stimmen für die Sozialdemokratische Partei abzugeben. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme:

Die am 23. September 1925 versammelten Blumen-, Blätter- und Federnarbeiterinnen Groß-Berlins stimmen den Ausführungen des Referenten vollkommen zu. Sie geloben, dafür zu sorgen, daß alle in ihrer Industrie Beschäftigten wahlberechtigten Personen am 25. Oktober zur Wahl gehen, um es zu ermöglichen, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in das Rätehaus einzieht.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte K. A. über den Anteil- und Lohnzins, deren Ablauf Ende Oktober bzw. zum Jahresbeginn erfolgt. Die Versammlung beschloß, es einer Funktionärskonferenz zu überlassen, ob die Kündigungen ausgesprochen werden sollen oder nicht.

Zur Auslandsdelegation der Metallarbeiter.

Genosse Ulrich bittet uns um die Aufnahme folgender Erklärung:

Da der im „Vorwärts“ veröffentlichte Bericht unserer letzten Generalversammlung zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat, sehe ich mich veranlaßt, ausdrücklich auf den Wortlaut des Zusatzantrages der Ortsverwaltung hinzuweisen:

Die Generalversammlung beantragt weiter, daß die russische Regierung oder die wirtschaftliche Organisation, d. h. der Russische Metallarbeiterverband, eine Einladung an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes zwecks Studium der Verhältnisse in Rußland ergehen läßt und daß die Regierung von Sowjetrußland sich bereit erklärt, der Delegation der Metallarbeiter Deutschlands keine Reiseuroute vorzuschreiben und der Delegation das Recht einräumt, ihre eigenen Dolmetscher in Deutschland zu wählen und nach Rußland mitzunehmen.

Es ist mir selbstverständlich nicht eingefallen zu erklären, daß wir unsere eigenen Parteigenossen von der russischen Sozialdemokratie nicht als Dolmetscher nehmen würden. Ich habe nur gesagt, daß wir niemanden als Dolmetscher nehmen würden, der sich irgendwie als Feind der Arbeiterbewegung betätigt. Auch das versteht sich ja von selbst. Die Auswahl der Dolmetscher aber müßte uns allein vorbehalten bleiben.

Betriebsrätewahl in der Reichsdruckerei.

Da die „Opposition“ von der Ausstellung einer eigenen Liste abgesehen habe, blieben nur noch die beiden Listen der freien Gewerkschaften und der christlichen Gewerkschaften. Auf die Liste unserer Gewerkschaftsgenossen entfielen 2449 Stimmen, auf die christliche Liste 352 Stimmen. Dementsprechend stellen die freien Gewerkschaften 12 Betriebsratsmitglieder und 2 Ergänzungsmitglieder zum Arbeiterrat, während für die Christlichen ein Betriebsratsmitglied und ein Ergänzungsmitglied zum Arbeiterrat übrigbleibt.

Der „Gewerkschaftstag“ der Berliner Lithographen.

Vom Verbandsvorstand der Lithographen wird uns geschrieben: „Die „Rote Fahne“ vom 20. September bringt unter „Gewerkschaftliches“ einen Bericht einer Fraktionsversammlung der Stein- und Lithographen, die auf einem „Gewerkschaftstag“ einen Antrag angenommen haben, wonach sich die Lithographen und Steinbrucker nach gründlicher Aussprache vorbehaltlos auf den Boden des „Brieves des Greteuerkomitees der Kommintern gestellt haben. Sie haben sich für die bolschewistische Einheitsfrontpolitik und Heraushebung eines linken Flügels in der Gewerkschaftsbewegung erklärt.“

Da es den Anschein erwecken könnte, als wenn die Berliner Lithographen und Steinbrucker mit dieser Sache etwas zu tun hätten, geben wir bekannt, daß bei der Urwahl zum Verbandstag in Deutschland nur drei Kommunisten als Delegierte gewählt worden waren. Der „Gewerkschaftstag“ der Berliner Lithographen und Steinbrucker kann nur nicht viel mehr als einem Vorkühnend besetzt worden sein. Diese sogenannte kommunistische Fraktion ist ein häßliches Irregiment, deren keinerlei Bedeutung in unserem Verbandsverband zukommt.

Das Rot im Arbeiterratszimmer.

Im Zimmer des Arbeiterrats des Kabelwerks von Siemens-Schuckert hingen an einer Wand einige rote Krankscheiben mit den Aufschriften: „Den Opfern der Revolution“, „Den Opfern des 6. Dezember 1918“, „Dem Kämpfer Karl Liebknecht“. An Türpfosten und Schränken klebten Ausschilde aus der „Roten Fahne“ und dem „Vorwärts“. In einem Nebenraum hing eine 1 1/2 Meter lange rote Fahne. — Als die Betriebsleitung diesen Zimmerschmuck entdeckte, verlangte sie vom Vorsitzenden des Arbeiterrats, er solle ihn innerhalb dreier Tage entfernen. Die Fahne und die Zeitungsausschnitte wurden hierauf innerhalb der gestellten Frist entfernt. Die Krankscheiben aber blieben noch im Zimmer, denn der Arbeiterratsvorsitzende glaubte, über sie nicht verfügen zu dürfen, weil sie Eigentum der Belegschaft waren.

Die roten Scheiben gaben nun der Firma Anlaß, beim Gewerbeamt die Ausschließung des Arbeiterratsvorsitzenden aus dem Arbeiterrat zu beantragen. Nachdem dieser Antrag gestellt war, wurden auch die Krankscheiben entfernt. Damit war auch der letzte Stein des Anstoßes beseitigt und dem Verlangen der vorkühnenden Betriebsleitung war Genüge geschehen. Trotzdem nahm das Verfahren gegen den Arbeiterratsvorsitzenden seinen Fortgang. Die Kammer 11 des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Registrars Dr. Sell gab dem Antrag der Firma statt mit der Begründung:

Nach dem Betriebsratsgesetz habe die Betriebsvertretung lediglich wirtschaftliche Aufgaben, bei deren Wahrnehmung sie alles unterlassen müsse, was das Gemeinwohl, den Betrieb und das Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft oder zwischen ihr und dem Arbeitgeber zu gefährden geeignet sei. Im Gegenstand hierzu habe sich der Arbeiterratsvorsitzende rein politisch betätigt. Davon könne nach den Aufschriften der Scheiben, die nicht von der alle politischen Richtungen umfassenden Belegschaft, sondern nur von ihren linksgerichteten Teilen herrühren können und wegen Aushangs der roten Fahne kein Zweifel sein. Auch die öffentliche Anbringung der Bilder des „Vorwärts“ mit der Ueberschrift „Schutzwall“ und dem Spruch: „Denn wer da hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe, wer aber nichts hat, dem wird genommen, was er hat.“ sei keineswegs geeignet, das Einvernehmen mit dem Arbeitgeber zu fördern. Der Arbeiterratsvorsitzende habe sich einer gröblichen Verletzung seiner Pflichten schuldig gemacht. Daran werde auch dadurch nichts geändert, daß die Scheiben kurz vor dem Termin entfernt seien.

Dies Urteil beruht auf einem unbegreiflichen Rechtsirrtum. Wenn der Arbeiterratsvorsitzende rote Scheiben aushängt, so entfällt er dadurch nicht, wie das Urteil sagt, eine politische Tätigkeit, sondern er betundet damit nur seine politische Gesinnung. Ob das im vorliegenden Falle taktvoll war oder nicht, mag dahingestellt sein. Daß er dadurch das gute Einvernehmen der Arbeiter gestört habe, dafür ist nicht der geringste Beweis erbracht, sondern es ist lediglich eine unbewiesene Annahme des Gerichts. Aus der Tatsache, daß sich der Arbeiterratsvorsitzende zu einer politischen Richtung bekennt, geht doch noch nicht hervor, daß er die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter anderer politischen Richtungen vernachlässigt und dadurch seine Pflichten aus dem Betriebsratsgesetz verletzt. Meistens ist ja mit der Entfernung der politischen Symbole durch den Arbeiterratsvorsitzenden der Grund zu dem Antrag der Firma hinfällig geworden und es lag keine Veranlassung zur Absetzung des Arbeiterratsvorsitzenden mehr vor. Auf den Reklamer der Betriebsleitung hätte das Gericht doch keine Rücksicht nehmen sollen.

Nur keine Ueberstürzung!

Wolffs Telegraphenbureau übermittelte uns am Abend des 24. September durch den Ferndrucker die Nachricht, daß im Reichsarbeitsministerium über die Beilegung des Lohnstreits im Schiffshebewerke verhandelt und ein Schiedspruch gefällt wurde, den beide Parteien angenommen haben, womit der Streit beendet ist.

Richtig! Wir möchten nur ergänzend bemerken, daß die erwähnten Verhandlungen in der Nacht vom 19. zum 20. September vor sich gingen und durch den Schiedspruch beendet wurden. Der Wortlaut des Schiedspruchs und die Tatsache der beiderseitigen Annahme desselben ist in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 22. September mitgeteilt. Die Erklärungsfrist war an diesem Tage abgelaufen.

Der Metallarbeiterstreik in Hohenlimburg geht weiter

Hagen, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Einigungsverhandlungen zur Beendigung des Lohnkampfes in der Hohenlimburger Industrie sind ergebnislos verlaufen, obwohl sich der Schlichter alle Mühe gab, eine Einigung zwischen den beiden Parteien herbeizuführen. Die Arbeitgeber lehnten es überhaupt ab, ein Schiedsgericht zu bilden. Infolgedessen ist jetzt damit zu rechnen, daß der Lohnkampf größere Formen annimmt, da der Verband der Fabrikanten im Regierungsbezirk Arnsberg die Gesamtaussperrung für diesen Bezirk beschloßen hat, wodurch in kürzester Zeit etwa 50 000 Metallarbeiter brotlos werden.

Gegen die Proteststreikführer.

Paris, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Regierung hat gegen die Urheber des Streiks der Angestellten der Telephon- und Telegraphenverwaltung Strafmaßnahmen ergriffen. 6 Beamte sind entlassen und 5 vorläufig ihres Dienstes enthoben worden. Auch eine Anzahl geringerer Strafen ist verhängt worden.

Noch keine Einigung im Seemannsstreik.

Sydney, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine am Donnerstag abgehaltene Konferenz zwischen den Schiffselgenhülfern und den streikenden Seeleuten verlief ergebnislos. Sowohl die Reederei als auch die Streikenden erklärten die gegenseitigen Bedingungen für unannehmbar. Die Seeleute wollen sich keine Lohnkürzung gefallen lassen und solange nicht verhandeln, solange auch nur ein Seemann noch gefangen gehalten wird.

Der Streik der indischen Baumwollspinner.

London, 24. September. (B.B.) Die Reuter aus Bombay meldet, dauert die katastrophale Lage der dortigen Baumwollindustrie fort. Von 82 Spinnereien sind zur Zeit nur fünf in Tätigkeit. 145 000 Arbeiter sind arbeitslos.

SPD-Buchdrucker. Die diesmonatlichen Bezirksfraktionsversammlungen finden in folgenden Lokalen statt:

Freitag, den 27. September, abends 8 Uhr, bei Wandtke, Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 25; Sonnabend, den 28. September, abends 8 Uhr, bei Kugli, Neufeld, Hermannstr. 75; Sonntag, den 29. September, vorm. 9 1/2 Uhr: 2. Bezirk bei Jaserat, Schwedenstr. 11; 3. Bezirk bei Ring, Danziger Straße 71; 6. Bezirk im Restaurant „Tisch“; 9. Bezirk bei Reimer, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 21; 10. Bezirk eine halbe Stunde vor Beginn der Bezirksversammlung. — Wir machen allen SPD-Kollegen zur Pflicht, die obigen Versammlungen zu besuchen, um sich über die bevorstehenden kommunistischen Aktionen in den Gewerkschaften zu informieren und dagegen vorzubereiten.

Der Fraktionsvorstand. J. K.: Otto Fiedler.

Angelegte der Metallindustrie!

Könnte die letzten Verhandlungen mit dem BHMZ, endgültig ergebnislos verlaufen haben, können wir auf unsere Zeitung am Dienstag, den 25. September, Schlichterzusammenkünfte hat. Am gleichen Tage, also Dienstag, den 25. September, 10 1/2 Uhr, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Germania-Hallen, Chausseestr. 119, eine Versammlung der MIM-Kaufleute statt. Diese Versammlung hat die Aufgabe, die Beziehungen zum Schiedsgericht über die Regelung des Septemberstreiks. Bei der Wahlzeit der zu stellenden Beisitzer wird vollständige Beteiligung aller MIM-Funktionäre bestimmt.

Krankentassenauswahl der Ortskrankenkasse der Buchbinder.

Die Wahl findet statt am Sonnabend, den 28. September, in der Zeit von 1-4 Uhr im Lokal Rathmann, Wilmersstr. 118 und im Ortskrankeassenbau, Stralauer Str. 79. Schlichter wird die Liste der freien Gewerkschaften 2 B 2.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Weiss; Sekretariat: Gewerkschaftsbewegung; Friede; Chausse; Reklamation: R. A. Böcher; Katalog und Sonstiges: Rich. Kaufmann; Anzeigen: Th. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Straß. 119. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 61, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Im Wintergarten Leipziger Str.:
Ausstellung u. Verkauf von Kakteen u. Dahlien
Die Dahlien stammen aus den Kulturen der Firma L. Späth, Berlin-Baumgartenweg

A. WERTHEIM

Leipziger Straße Königstraße Rosenholzer Straße Moritzplatz

Einkochgläser

enge Form	weite Form
1/4, 1/2, 3/4, 1 Liter	1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2 Liter
34 36 38 40 Pf.	40 44 46 48 55 Pf.

Gummiringe dazu, 10 Stück 40 Pf.
(Bei 100 Gläsern 5% bei Großabnahme höhere Rabatte)

Frisches Fleisch

Hammel-Vorderfleisch und Rücken . . . Pfund	78 Pf.
Kalbskamm und Brust Pfund	85 Pf.
Kalbskeule und Rücken, ganz und geölt, Pfund	1 M
Schweinebauch Blatt und Rücken, Pfund	1 25
Kaßler Rippspeer 1 Kamm Pfund	1 30

Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm und Brust Pfund	58 Pf.
Ochsenherzen . . Pfund	40 Pf.

Landleberwurst Pfund	1 30
Fleischwurst und gefüllter Schinken, Pfund	1 40
Leberwurst kleine und Fleischwurst, Pfund	1 75
Zerelat- und Salamiwurst, kleine, Pfund	1 95
Schinkenspeck, in 1-Pfund-Stücken, Pfund	2 15

Besonders preiswerte Schokolade

Gut Deutsch 2 Tafeln à 106 Gr.	50 Pf.	2 Tafeln à 16 Gr.	30 Pf.
Bitter 2 Tafeln à 12 Gr.	40 Pf.	Bitter 6 Tafeln à 25 Gr.	68 Pf.
Volmilch 2 Tafeln à 25 Gr.	40 Pf.	Schmelz 2 Tafeln à 30 Gr.	83 Pf.
Napolitains bitter und Knoblauch, 2 Karbons à 20 Gramm	50 Pf.		

Besonders billig

Lebensmittel

Freitag und Sonnabend, soweit Vorrat
Leicht verderbliche Artikel können nicht zugesandt werden

5 Pfund Preiselbeeren	78 Pf.
EBäpfel rote Pfund	18 Pf.
Gravenstein, Meißler, Pfund	30 Pf.
Kochbirnen Pfund	15 Pf.
Tafelbirnen Pfund	20 Pf.
Weintrauben gold, Pfund, 4-5, blau	30 Pf.
Bananen Jamaica Pfund	60 Pf.
Goudakäse 1/2 Pfund	78 Pf.
Edamer u. Holländer Pfund	1 15
Tilsiter 85 Pf. u. 1 25	
Schweizer Käse, bayr. Pfund	1 25 1 65
Linsen gelb Kochend Pfund	18 Pf.
Bohnen neue, weiße, Pfund	21 Pf.
Erbsen neue, Pfund	25 Pf.
Linsen neue, Törr. Pfund	50 Pf.
Weißkohl holländ. Pfund	2 Pf.
Rot- u. Wirsing- Kohl, holländ., Pfund	4 Pf.
Kürbis . . . Pfund	5 Pf.
Rübchen m. Rk. 2 Pfund	25 Pf.
Blumenkohl Kopf von an	15 Pf.
Rosenkohl Pfund	25 Pf.
Bratenschmalz garantiert rein, Pfund	1 05
Naturbutter 1/2 Pfund-Paket	97 Pf.
Tafelbutter 1/2 Pfund-Paket	1 03
Dän. Butter 1/2 Pfund-Paket	1 15
Kuchen Streusel Stück	35 Pf.
Mohnbrot Stück	45 Pf.
Mohnstang. Stück	55 Pf.
Pfannkuchen Dutzend	1 20

Fische

Steinbutten Pfund	
Grüne Heringe große	
Schellfische mittelgroß	
Rotbarse ohne Kopf	
Leb. Karpfen Seezucht Pfund	1 55
Schuppen Pfund	1 30
Flundern Ahlbecker, geräucher., Pfund	32 Pf.
Schellfische geräuchert, Pfund	35 Pf.
Bücklinge fest, Pfund	40 Pf.
Rotbars geräuch. in Stücken, Pfund	50 Pf.
Suppenhühner Pfund	1 20
Brathühner junge, Pfund	1 45
Kaninchen wilde, gestreift u. ausgez., Pfund	1 10
Rebhühner große, Stück	1 95

Kaffee frisch gebrannt 6 Sorten, von 2 60 bis 4 60

Preise für 1/2 Flasche einschließlich Sieber ohne Glas

Edelapfelwein Tafelobst	65 Pf.	1921 Braunoberger Riesling blumiger Qualität Mosel	2 75
1922 Wöllstein Wäldchen guter Tischwein	1 M	1921 Graves de Bados klein, weißer Bordeaux	2 40
1922 Remicher Goldberg pikanter Mosel	1 10	1922 Kirchheim. Rotwein mild	1 M
1922 Deldesheimer lieblicher Pfälzer	1 30	Chianti „Contea d'Oro“ italienischer Rotwein	1 55
1921 Bullayer Herrnwald Mosel, blumig, mild	1 60	1921 Villanyer Burgunder Wachstum Isarvally, kräftig, ungar. Burgunder	2 35
1921 Hiersteiner gehaltvoll	1 90	Tarragona extra (Salv. Cervara Valencia), rot, süß	1 65
1921 Piesporter blumig pikant	2 10	Malaga dunkel, terrado . .	1 90
1921 Jugenheimer Goldberg Wachst. Süßenberg, Rhein- wein, mild, vollmundig	2 50	Fruchtschaumwein vorzügl. Qual. mit Flauche	1 40

Ausführliche Preisliste auf Wunsch kostenlos.

Teuerung und — Stadtverordnetenwahlen.

Die Partei der Lebensmittelverteuerever schreit jetzt über hohe Preise.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern die Teuerungsdebatte fortgesetzt, die ausgerechnet von den Deutschnationalen herbeigeführt worden ist. Die Deutschnationale Partei der Lebensmittelverteuerever weiß, daß sie durch ihre Taten im Reich dem Volk die Augen geöffnet hat. Darum mußten in Berliner Rathaus die Deutschnationalen sich für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen den Wählern zu geneigter Beachtung empfehlen. Der von ihnen eingebrachte Antrag fordert den Magistrat auf, sich um eine Senkung der Preise zu bemühen. Daß angeführt der neuesten Zollgesetzgebung die Gemeinden wenig ausrichten können, aber Berlin das Mögliche tun will, hat Oberbürgermeister Böß schon in der vorigen Sitzung erklärt. Gestern rechnete unser Genosse Reimann mit den Deutschnationalen ab, die ihr Schuldkonto mit der neuesten Verteuerever belastet haben. Er kennzeichnete das Ablenkungsmanöver der Deutschnationalen, deren Antrag weiter nichts als eine Irreführung der öffentlichen Meinung sei. Das Schlüsselwort des Deutschnationalen Koch war eine Wohlrede in der klüglichen Art, die diesem Vortrager geläufig ist. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen. — In derselben Sitzung wurde der Magistratsantrag, den privaten Charlottenburger Wasserwerken einen Teil ihres bisherigen Versorgungsgebietes zu entziehen, durch die Parteien der Linken angenommen, nachdem den Bürgerlichen der Versuch, durch Ausschussberatung eine Verschleppung zu erreichen, mißlungen war. Bei der Vorlage zur Kündigung der Verträge mit den privaten Berliner Vorort-Elektrizitätswerken wurde von den Bürgerlichen derselbe Verschleppungsversuch gemacht und durch die Linke abgelehnt. Hätten die Bürgerlichen hier die Ausschussberatung durchgesetzt, so wäre die rechtzeitige Kündigung bis zum 1. Oktober unmöglich geworden. Sie wurde beschlossen.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordneten gedachte der Vorsitzende Genosse Haack mit ehrenden Worten der kommunalen Verdienste des verstorbenen früheren Stadtverordneten und Stadtrats Stadthalterten Raft und des Bezirksbürgermeisters von Prenzlauer Berg, Genossen Paul John, der in so tragischer Weise im 57. Lebensjahre mitten in der Arbeit vom Tode ereilt worden ist. Die Versammlung hatte sich während der Ansprache des Vorsitzenden von den Plänen erhoben. — Der Vorsitzende kam dann auf den von ihm dem Dr. Steiniger am 8. September erteilten Ordnungsruf zurück. Es ist in der Zwischenzeit, nachdem ursprünglich der Kleinstenaussschuß die Auffassung des Vorsitzenden geteilt hatte, durch Rücksprache mit Dr. Steiniger festgestellt worden, daß dieser den Oberbürgermeister mit der getügten Äußerung nicht habe tranken wollen, daß ihm nur um schärfste Zurückweisung der Insinuation zu tun gewesen sei, als ob er in jenem Falle die Interessen der Stadt nicht vertreten wollte. Dr. Steiniger hat auch eine entsprechende Korrektur des Stenogramms vorgenommen. Der Vorsitzende hält nunmehr die Äußerung für im Rahmen des parlamentarisch Zulässigen liegend; der Ordnungsruf wurde zurückgenommen.

In der Fortsetzung des Antrages der Deutschnationalen auf Beratung von Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise prophezeite gestern Hädel (Wp.) dem Magistrat ein völliges Fiasko seiner Pläne, durch direkten Viehbezug und Abzug des Fleisches mit Hilfe der Kleinfleischer direkt an das konsumierende Publikum eine Ermäßigung der Fleischpreise herbeizuführen. Auch Dörr (Komm.) prophezeite den Plänen des Magistrats nichts Gutes. Er forderte dann 5 Millionen zur Unterstüttung für die von der Emission Bedrohen. Genosse Reimann nahm Anlaß, mit dem deutschnationalen Kollegen Pätz abzurechnen, der den Streikbewegungen die Schuld an der Teuerung hatte zuschieben wollen. Er führte aus: Nicht die Lohnforderung ist das Primäre, sondern die Teuerung; keiner Arbeitergruppe fällt es ein, Lohnmehrforderungen zu stellen, wenn sie nicht durch die Verteuerever des

Lebensstandards dazu gezwungen ist. Ein Ausgleich für die seit Ende Juni erfolgte Steigerung der Preise ist nicht geschaffen worden. Die Löhne der deutschen Arbeiter stehen wesentlich unter denen des Auslandes.

Der Reallohn des Arbeiters in Amsterdam, Kopenhagen, London, Paris, Stockholm ist höher als der in Berlin.

Der deutsche großstädtische Arbeiter mird an Leistungsfähigkeit von keinem anderen Arbeiter übertroffen; um so ungerechter ist seine niedrige Entlohnung. Nicht die steuerliche Ueberlastung des Unternehmers steht der Senkung der Preise entgegen, sondern der Lebensstand, daß die Industrie Deutschlands, daß die Unternehmerschaft nicht von der hohen Profitrate herunter will, daß sie die durch Verbruttung und Korruption geschützt. Die Regierung kann dagegen nicht an, denn sie ist ja fleisch vom fleisch der Verteuerever. Wir werden im Ausschuss beweisen, daß der ganze Antrag Koch nichts ist als eine Irreführung der öffentlichen Meinung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Anton Schmidt (Z.) ließ offen, ob er die Haltung des Zentrums zur Zollvorlage im Reichstage vorbehaltlos billigt und vertrat dann die Auffassung, daß die Verteuerever der Lebensmittel in der Hauptsache auf dem zu langen Wege vom Erzeuger bis zum Verbraucher erfolge; hier müsse der Hebel angefaßt werden. Auch eine Ermäßigung der Zinssätze müsse eintreten. Da indessen die Teuerung nun einmal eine Tatsache sei, müßten, besonders wenn sie noch weiter steigen sollte, die Arbeitgeber den Arbeitern in den Löhnen größeres Entgegenkommen zeigen. — Müller-Franke (Wp.) erklärte die Zölle als eine handelspolitische Notwendigkeit. Damit schloß die Besprechung des Antrages, und nun machte Herr Koch, der jetzt vor einer sachlichen Erwiderung sich sicher wußte, den Versuch, die zu Anfang der Beratung unterlassene Begründung nachzuholen. Diese Begründung erschöpfte sich in der Hauptsache in der

Behauptung des deutschnationalen Pfarrers, daß — ausgerechnet die freien Gewerkschaften die Preisabbaufaktion der Reichsregierung sabotiert haben (Lachen links) und daß man von einer außergewöhnlichen Teuerung in Deutschland überhaupt nicht reden könne.

daß aber an der Teuerung selbst alle möglichen Umstände schuld seien, nur nicht die Zollvorlage. Selbstverständlich bekam auch die Sozialdemokratie ihr Teil ab. In der Abstimmung wurde die Einsetzung eines Ausschusses nach dem Antrage Koch beschlossen; diesem Ausschuss wurden auch sämtliche anderen zu der Materie eingebrachten Anträge überwiesen.

Ein Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung ging an den Steueraussschuß, die Vorlage wegen Bewilligung von 200 000 M. für die Hilfsaktion für Obdachlose an den Haushaltsausschuß. Die Kündigung des 1904 mit den Berliner Vorort-Elektrizitätswerken G. m. b. H. abgeschlossenen Vertrages wurde beschlossen, nachdem ein Antrag der Demokraten auf Ausschussberatung mit 87 gegen 87 Stimmen abgelehnt worden war.

Die Erhebung außerordentlich hoher Gebühren seitens der Baupolizei für die

Anbringung von Reklameschildern

für den Häuseranstrich usw. war dann Gegenstand einer geharnischten Beschwerde der Wirtschaftsparteier, denen von Mitgliedern anderer Fraktionen lebhaft zugestimmt wurde. Im Laufe der Erörterung, in die auch Gen. Reuter eingriff, erklärte der Oberbürgermeister Böß, daß auch ihm die Gebühren zu hoch erschienen und daß er sich für die Ermäßigung einsetzen würde. Gen. Reuter erklärte die ganze Gebührenordnung für durchaus reformbedürftig. — Eine Anfrage der Kommunisten befaßte sich mit dem „Studentenwert Berlin“ G. B. für das Berlin für 1925 eine Beihilfe von 40 000 M. geleistet hat und knüpft an das Urteil des obersten Gerichts der Sowjet-Union „gegen die deutschen Studenten und Berliner Postgeorgenten Kindermann und Wolzki“ an, wodurch erwiesen sei, daß das „Studentenwert“ der Streikbrechervermittlung und als Verbindungsglied faschistischer Studenten mit der Ehrhardtischen D. C. diene. Die Anträge, durch Frau Rosenthal vertreten, wollen wissen, ob der Magistrat die Beiträge für das „Studentenwert“ sperren und den erparten Betrag der „Roten Hilfe“ in Berlin überweisen will. — Bürgermeister Scholz bejahte die

Frage, ob der Magistrat das „Studentenwert“ nach wie vor für ein gemeinnütziges Wert halte, unbedingt, von den angeführten politischen Umtrieben sei in dem angezogenen Urteil nirgends die Rede. Damit war die Anfrage erledigt.

Die Versammlung kam dann auf die Angelegenheit der

Charlottenburger Wasserwerke u. G.

zurück. Die zweite Lesung der dazu vom Magistrat gemachten Vorlage war noch rückständig. Von der Deutschnationalen Volkspartei war beantragt, den Magistrat um eine Deckungsvorlage für die Kosten des Druckrohrs zu eruchen. Beide Parteien der Rechten machten nochmals den Versuch, die ganze Angelegenheit durch Verweisung an einen Ausschuss von neuem zu verschleppen, aber vergeblich; die Mehrheit fiel gegen sie aus, die früheren Beschlüsse wurden bestätigt und auch der neue Antrag der Deutschnationalen Volkspartei abgelehnt.

Die Abänderung der Besoldungsordnung wurde ebenfalls beschlossen. Für die Verbreiterung der Dorfstraße in Gaiow, Bezirksamt Spandau, waren zunächst 35 000 M. angefordert. Anscheinend reicht dieser Betrag bei weitem nicht aus; die Deutschnationalen verlangten nochmalige Ausschussberatung. Bei der Auszählung stellte sich die Beschlussfähigkeit der Versammlung heraus. — Schluß 9 1/2 Uhr.

Erntefest auf einem Berliner Hof.

Ein Erntefest auf dem Hof der Mittelarmen, wo kaum ein Grassälmdchen wächst. Einige haben vielleicht ein Stückchen Land in der Laubentolonie. Knallgelb und prächtig mögen dort Riesenkürbisse wachsen, die mit jedem Tag runder und praller werden, und leuchtend bunte Herbstblumen blühen. Und das bräunliche Boden wird ihren Anstrengungen wohl auch Kartoffeln und Gemüse geben. Doch das ist weiter draußen. Hier haben sie kein Stückchen Erde, es ist denn da und dort ein Blumentöpfchen mit einem Geranium. Und doch Erntefest! Dies ländliche Fest ist übernommen worden von den Völkern, die draußen vom Land herkommen und hier in der Großstadt Wurzel zu schlagen versuchen. Bunte Fähnchen wehen. Die Herbstsonne versucht vergeblich, die Menschen da unten mit ihren Strahlen zu wärmen, denn die starren Mauern schlürfen sie ab. Dafür dudelt unermüdet ein Leierkasten. Und die blassen Großstadtkinder tanzen. Die kleinen mageren Körperchen wiegen sich hin und her. Alte Großmütter wackeln mit nach dem Takt der Musik. Wenn der Leierkastenmann müde ist, wird er abgelöst. Junge Burlesken und Mädchen worten auf den Abend.

Schon sind die Sampions aufgehängt für die „Rassische Nacht“. Brotendust zieht über den Hof. Die Nasen da unten schnuppern in der Luft herum und atmen den fetten, eindringlichen Geruch gierig ein. „Wo kommt denn das her?“ „Natürlich, die Rulle.“ Und ein Tratsch geht los. „Wenn wir es auch so machen wie die. Unten ist sie auch nicht. Die ist wohl jetzt zu sein dazu, seit sie mit den Kerlen rumläuft.“ Und die Kinder horchen zu und ihre Augen sind wissend.

Da, ein neuer Gassenhauer. Brotendust und Tratsch sind verpuffen. Schon tanzen die Älteren mit. Der Festeiter mit der Clownmütze beginnt den Tanz mit einer Großmutter. Haiso und Gelächter. „Ja, als ich jung war, das war auf dem Bande, da gab es einen Erntekranz.“ erzählt eine andere. Säuglinge, die eine Kiste in einer Ecke bei den Müllkästen bewahrt, schreien und kriegen dann den Kuckel.

Die Kinder bekommen Bonbons ausgeteilt und lutschen süßvergnügt. Einige teilen den Großmüttern davon mit, nachdem sie den Bonbon erst mal gekostet haben.

Es dümmert. Endlich wird es Abend. Ein paar blaße Sterne wagen sich vor. Unter aber leuchten wie rote, grüne und gelbe Monde die Sampions. Die Musik ist verstärkt durch Mandolinen. Fast alles aus dem Border- und Hinterhaus walzt und trampelt auf dem engen Hof. Nur da und dort sind ein paar Fenster erhellte, fliegen derbe Scherzworte hin und zurück. Das Leben dieser Menschen liegt vor einem wie ein offenes Buch. Sie kennen einander und ihre kleinen Verhältnisse. So viele alte Frauen haben keine Lederschuhe mehr und schlürfen in zertretenen Pantoffeln einher. Manche der Kinder haben kein Hemd. Das Leben ist zu teuer.

Bier ist aufgefahren. Die Flaschen gehen herum. Da und dort

Das unbegreifliche Ich.

Geschichte einer Jugend. Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. E. Bogel.)

Wir traten auf den Platz hinaus, und ich konnte merken, daß Einsegnung in der Luft lag. Eine kalte Sonne rieselte über die Dächer hernieder. Die Häuserfassaden glänzten vornehmlich mit schimmernden Pferden jagten vorüber.

„Ich habe einmal geglaubt, daß ich Jesus Christus wäre!“ bemerkte ich und blickte über den Platz.

„Warst du so eingebildet?“ lachte Samuelsen.

„Ja, ich habe hier mit Späßen gespielt.“

„Redest du im Schlaf?“

„Nein; aber es ist da etwas, was ich nicht verstehen kann.“

Wir gingen in eine dunkle Konditorei. Das hatte Samuelsen mir versprochen. Wir breiteten uns an einem Tisch mit Marmorplatte aus.

„Samuelsen, mit der Einsegnung ist nicht viel los! Ich könnte ebenfogut sitzen und Kuchen essen, ohne eingeseget worden zu sein. Ich kann nichts Besonderes an mir bemerken.“

„Weshalb solltest du das auch?“

„Ja, aber ich müßte doch erfüllt sein von Gott —“

„Gott! Glaubst du, daß Gott in die Landeskirche kommt!“ grinst Samuelsen.

„Nein du, Worte verwirren bloß und scheuchen ihn fort.“

„Worte?“ jagte ich grübelnd.

„Ja, alle die Bibelstellen, die ihr auswendig herunterplappert und von denen ihr keine Silbe versteht. Nein, dann hört er lieber das Seidenpapier rascheln, in das das Ladenafräusen jetzt was einpaßt.“

Ich vergrub meinen Bissel tief in meinen Sahnentuchen und fing an, gierig zu essen. Ich brauchte einen Erlass. Die Einsegnung war eine zu große Enttäuschung gewesen.

meine Uhr hervor. Die Einsegnung hatte doch auch ihre Freuden.

„Die Uhr ist in fünf Minuten halb Dreiß!“ sagte ich. „Rein, eher in vier als in fünf Minuten.“

Dann zog ich die Uhr auf.

„Dann laß uns sofort aufbrechen. Wir müssen erst nochmal nach Hause und Blumen für deine Mutter holen.“

Wir bezahlten und gingen.

Als wir nach dem Dersundhospital herauskamen, flüsterte Samuelsen mir zu: „Du mußt deiner Mutter nichts weiter von der Konfirmation erzählen; bloß daß du froh vergnügt warst und so.“

Wir kamen mit unserem Blumenstrauß durch einen Saal, wo eine lange Reihe Betten stand. Die Kranken hoben die Köpfe von den Kissen und verfolgten uns mit ihren matten Augen. In all dem Weißen und Kranken und Kalten fühlte ich mich viel zu fein angezogen. Meine Bewegungen hatten noch das schnelle Tempo der Straße an sich, und ich mußte es zu unterdrücken versuchen. Ich ging auf den Fußspitzen.

In einem Seitenzimmer lag Mutter.

Als wir eintraten, verzog sie ihr mageres Gesicht und stöhnte. Samuelsen blieb auf der Türschwelle stehen.

„Was ist denn?“ sagte er mit weinerlicher Stimme, seine Haltung war feige.

„Ach“, seufzte sie, „das sind die Blumen. Sie sind ja sehr schön, und es ist lieb von dir; aber ich kann sie nicht tragen. Der Geruch macht mich ganz kaputt. Bring sie lieber zu der Krankenschwester hinaus.“

Samuelsen sah betreten auf die gelben und roten Blumen. Er kniete in den Knien ein.

„Nach jetzt!“ sagte Mutter böse und stieß mit dem Fuß gegen das Bettende.

Er drehte sich langsam um und ging hinaus. Ich habe ihn niemals so niedergeschlagen gesehen.

Jetzt erst bemerkte ich Mutter. Von dem Blumengeruch gequält, hatte sie mich nicht gesehen.

„Ich wünsche dir Glück!“ sagte sie matt.

Ihr Blick war abwesend, und die Worte schienen nicht an mich gerichtet, kam mir vor. Ich stand steif da und wagte nicht, mich ihr zu nähern.

Dann zwang sie sich mühsam ein Lächeln ab. Sie spielte eine kleine, lustige Komödie; doch die ferneren Augen und die unsichere Stimme strafften sie rasch Lügen.

Ich war ganz starr vor Staunen. Mutter sprach wie zu einem kleinen Jungen mit mir. Verstand sie jetzt nicht einmal mehr mit mir zu reden? War ich ihr so fern?

Sie streckte eine blaße, durchsichtige Hand nach einem Krug aus und spuckte mühsam hinein.

Dann starrte sie mich wieder an und ihr Lächeln wurde echter.

„Rein“, seufzte sie, „das Sterben kleidet mich nicht.“

„Mutter, was sagst du da, Mutter!“ rief ich.

Meine Stimme war zu laut, und sie schloß die Augen. Ihr schwaches Lächeln wurde zu einem bitteren Schmerzenszug. Lächeln und Schmerz lagen an derselben Stelle auf ihren Lippen.

Sie hielt die Augen geschlossen während sie sprach: „Ich sage so schreckliche Sachen. Das ist mein einziges Vergnügen. Ihr anderen könnt euch Blumen ansehen und auf die Straße gehen, ich kann gar nichts.“

Samuelsen kam zurück, und sie öffnete die Augen.

„Rina“, sagte er mit munterer Stimme, „du hättest den Jungen mal sehen sollen. Er war einer der Schönsten, und er hat seinen Mann in der Kirche gestanden. Alle haben ihn angesehen.“

„Das war ja nett, Waldemar“, seufzte Mutter.

„Ja, er ist ganz anständig. Er hilft mir auch tüchtig im Geschäft. Es macht gar keine Umstände, ihn bei sich wohnen zu haben.“

Sie lächelte.

Dann sagte sie ohne Uebergang: „Kannst du sehen, wie mein Haar ausgegangen ist. Ich muß falsches Haar tragen, wenn ich herauskomme. Ist es nicht lächerlich, daß ich Zöpfe im Kommodenkasten liegen haben soll!“

Samuelsen wurde verwirrt — und lachte.

„Ja“, fuhr Mutter fort, „dann werde ich meine falschen Zöpfe am Fensterriegel anmachen und dastehen und sie kämmen, gerade wie die alte Dame von gegenüber. Das muß ich tun, obgleich ich so jung bin. Es gibt wahrhaftig keinen mehr, der sich mit mir verheiraten will.“

Ich schlich mich still zu einem Stuhl am Fenster und setzte mich dort. Draußen liefen einige Krankenschwesterinnen vorbei. In der Ferne klingelte eine Straßenbahn.

„Ich kann Waldemar im Spiegel sehen“, hörte ich Mutter sagen, und ich drehte den Kopf um.

Im Spiegel begegnete ich ihrem starren Bild, und als ich nickte, sah ich, wie ein helles, freundliches Lächeln in dem grauen Gesicht erwachte. (Fortsetzung folgt.)

Die Einheitsgemeinde Groß-Berlin.

Ein Werk der Sozialdemokratie.

Für das öffentliche Leben hat ein schnelles Vergessen der politischen Ereignisse den Nachteil, daß Dinge, um die Jahre und Jahrzehnte gekämpft wurde, in dem sie erreicht sind, als selbstverständlich angesehen werden. Die 1920 geschaffene Einheitsgemeinde Groß-Berlin ist das ureigenste Werk der Sozialdemokratie. Sie wird in diesem Wahlkampf auch von denen kaum mehr umstritten werden, die lange Jahre hindurch ihre Einrichtung zu verhindern gewußt und ihr in den ersten Jahren jeden erdenklichen Widerstand geleistet haben. Wenige Jahre weiter und niemand wird mehr verstehen, wie man ohne die Einheitsgemeinde kommunal leben können und aus welchen Gründen dem unausgelebten Drängen der Sozialdemokratie nach solcher Entwicklung so lange so heftiger Widerstand entgegengestellt wurde.

Ein kommunales Gebilde wie vor 1920 Berlin mit seinen Vororten existierte kein zweitesmal in der Welt. Längst ein wirtschaftlich untrennbares Ganzes,

war es politisch, postalisch und auf den Gebieten der Post- und Gerichtsvorwaltung in die verschiedensten, untereinander völlig getrennten Teile gespalten. Während alle Länder, gleichviel welcher Staatsform, bestrebt gewesen sind, ihre Hauptstädte zu fördern und zu größter Blüte zu bringen, hatte Jahrzehnte hindurch die königlich-preussische Staatsregierung, die stets der gehorsame Diener der preussischen Junker war, ihre vornehmste Aufgabe darin gesehen, Berlin niederzuhalten. Diese Politik, die nur einmal unter dem von den Junkern bitter bescholten bürgerlichen Innenminister Herrfurth zugunsten der Stadt abgewichen war, fällt zeitlich zusammen mit dem Entstehen und Erstarken der sozialdemokratischen Bewegung im roten Hause. Am 2. Januar 1884 betrat ein Genosse, darunter unser unergieblicher Paul Singer, zum ersten Male als Stadtratsmitglied das Berliner Rathaus. 1891/92 stieg die Zahl auf 13; im folgenden Jahre auf 16 und bei jeder Neuwahl gelang es der Berliner Arbeiterpartei, trotz des Dreiklassenwahlrechts, die Zahl ihrer Vertreter ohne Rücksicht in die Höhe zu bringen. Aus dieser Zeit, aus dem Anfang der neunziger Jahre, datieren die Regierungsbestrebungen, keine Eingemeindungen nach Berlin zu genehmigen, sondern im Gegenteil Berlin mit einem Kranz größerer Gemeinden zu umgeben. Diese Politik war selbstverständlich nicht aus Liebe zu den Junkern, sondern nur aus Hoch gegen das freisinnig-sozialdemokratische Berlin diktiert. Zahlreichen anderen Städten genehmigte man ohne weiteres die umfangreichsten Eingemeindungen. Waren die Motive der preussischen Junker von ihrem Standpunkt aus begrifflich so gebührt dem früheren Magistrat die Palme dafür, daß er die gebotene Gelegenheit, sich aus der Schlinge zu befreien, aus englischer Beschränktheit mit Glanz verpaßt hat, trotzdem die sozialdemokratische Fraktion mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihn zu einem anderen Verhalten zu bestimmen gesucht hatte.

Die offiziellen Eingemeindungsverhandlungen begannen mit einer Anfrage des Gemeindevorstandes von Schöneberg vom 11. August 1890, ob der Magistrat im Prinzip geneigt sei, die Gemeinde Schöneberg einzugemeinden. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da durch das Eingreifen der Staatsregierung die Angelegenheit in ein neues Stadium trat. Unter dem 9. September 1891 ersuchte nämlich der Oberpräsident den Magistrat um eine eingehende Äußerung über die ganze Eingemeindungsfrage, insbesondere auch darüber, welche Vororte bei der Eingemeindung auf Berlin ausüben würde. Auf Grund dieses Erlasses erklärte sich die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluß vom 8. Oktober 1891 mit einer Vorberatung der Angelegenheit in gemischter Deputation einverstanden. Die Deputation kam nach langen wechselvollen Beratungen am 15. März 1893 zu dem Beschluß, die Einverleibung der Vororte in dem von der Regierung empfohlenen Umfang unter den festgestellten Bedingungen den städtischen Kollegien zu empfehlen. Am 24. Mai 1893 beschloß indes der Magistrat, die Sache an die gemischte Deputation zu nochmaliger Beratung zurückzuverweisen, da ihm die Beschlüsse der Deputation viel zu weit gingen. Die nach der erneuten Beratungen vorgeschlagenen, wieder eingezogenen Grenzen schränkte der Magistrat seinerseits dann noch weiter ein und empfahl am 29. Juni eine Einverleibung, bei der es sich eigentlich nur noch um eine Grenzregulierung in Beziehung auf Charlottenburg und Schöneberg handelte. Der Oberpräsident erwiderte am 9. November 1893, daß, falls der Zweck der Eingemeindung erfüllt werden sollte, ihr Umfang sehr erheblich weiter gegriffen werden müßte. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation waren von Beginn an für den weitesten Plan eingetreten und wir lehnten ab, in eine Eingemeindung zu willigen, durch die nur die wirtschaftlich starken Teile nach Berlin eingemeindet, die schwächeren und schwachen aber ihrem Schicksal überlassen werden sollten. Der Magistrat aber war immer noch nicht eines Besseren belehrt und legte dem Oberpräsidenten seine Bedenken gegen die vorgeschlagene Eingemeindung großen Stils vor. Hierauf antwortete der Minister selbst in aller Ausführlichkeit unter dem 29. Januar 1894 und entwickelte Grundzüge, mit denen wir rückhaltlos einverstanden sein konnten. Auf dieser Grundlage wurde dann nach weiteren Beratungen der gemischten Deputation eine Eingemeindung beschlossen, die Charlottenburg außer Westend, Wilmersdorf bis zur Ringbahn, Schöneberg bis zur Ringbahn, das Tempelhofer Feld, die Hasenheide, Rixdorf bis zur Ringbahn, Treptow und Stralau, Rummelsburg und Friedrichsberg umfaßte. Der Stadtverordnetenausschuß nahm nach langem Hin und Her schließlich die Vorlage an, mit der auf unser Betreiben beschlossenen Erweiterung, daß auch die Vororte Reinickendorf, Pankow und Weißensee für die Eingemeindung empfohlen wurden. Mit 71 gegen 43 Stimmen genehmigte die Versammlung am 24. Oktober 1895 diesen Beschluß, während der Magistrat auch jetzt noch die Einverleibung der nördlichen Vororte ablehnte! Am 30. Januar 1896 wurde über diese Beschlüsse an den Oberpräsidenten berichtet. Eine Antwort ist nie mehr eingegangen. Der Minister Herrfurth war aus dem Amt geschieden, der Kurs wieder der alte und die einzige Gelegenheit zu einer Eingemeindung großen Stils durch das Verhalten des Magistrats verpaßt. Im Jahre 1904 bot sich

noch einmal die Gelegenheit zur Eingemeindung der Hasenheide. Aber auch diese wurde vom Magistrat kurzerhand abgelehnt, weil der Stadtgemeinde dadurch 1 1/2 Millionen Mark Kosten erwachsen würden und der Oberpräsident die gleichzeitige Einverleibung des Tempelhofer Feldes verlangt habe, dieses aber für absehbare Zeiten nicht als Bauland in Frage kommen würde. Diese Antwort erinnert an jene Rede eines Charlottenburger Stadtverordneten, der, als in Charlottenburg über die Ausgemeindung der Gegend um den jetzigen Lützowplatz verhandelt wurde, meinte, man solle doch das Terrain ruhig Berlin überlassen, man spare dadurch einen der beiden Reichtümer (1). Kaum ein Jahr vorher hatte die Stadtverordnetenversammlung

auf Betreiben der sozialdemokratischen Vertreter den Magistrat erlucht, mit der Gemeinde Tempelhof wegen Eingemeindung des in Frage stehenden Gebietes zu verhandeln. Die Zersplitterung der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlin führte parallel mit dem Aufblühen der wirtschaftlichen Entwicklung zu immer unhaltbareren Zuständen auf allen kommunalen Verwaltungsgebieten. Nur mit Grauen kann man an die dadurch bedingte ungeheure Verschwendung von Menschen, Zeit, Kraft und Geld zurückdenken. Schließlich gab die preussische Staatsregierung ihre rein negierende Haltung auf; aber es kam wieder nur zu einer halben Maßnahme. Ohne jedes Befragen der kommunalen Vertretungen wurde Anfang Januar 1911 der Gesehntwurf betr. den

Zweckverband Groß-Berlin

veröffentlicht und im Landtag durchgeprüft. Diesem Zweckverband waren bekanntlich nur drei Aufgaben zugewiesen: Regelung der Verkehrsverhältnisse, Bebauungspläne, Erhaltung und Erweiterung von Freizeitanlagen. Wegen der gänzlich unzureichenden Organisation des Verbandes und wegen unausgelebter

Schli die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen liegen vom 25. September bis zum 2. Oktober, täglich von 12—7 Uhr, Sonntags von 10—5 Uhr, zur Einsicht aus.

Wähler! Sicher! Euch das Wahrecht!

persönlicher Reibungen der leitenden Personen waren die Erfolge des Verbandes selbst auf seinem beschränkten Gebiete nur sehr gering. Es fand eine Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevorsteher Groß-Berlins statt, auf der Beschlüsse angenommen wurden, die eine Beseitigung der aus der Zersplitterung Groß-Berlins entstehenden wirtschaftlichen Schäden nur in der Vereinigung sämtlicher Gemeinden zu einer einheitlichen Verwaltung erblickten. Solange eine solche Zusammenfassung nicht zu erreichen sei, hätten die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher die Errichtung freiwilliger Zweckverbände anzustreben. Falls die Bürgerlichen die Gründung solcher freiwilligen Verbände verhindern sollten, wurde der gesetzliche Zwangsverband als ein Mittel, die nachteiligen Folgen der Zersplitterung einzuschränken, angesehen. Ein solcher Zwangsverband dürfe allerdings nicht nur auf wenige Gebiete der kommunalen Tätigkeit umfassen, wie auch keine gezielte Tätigkeit und Fortentwicklung nur auf der Grundlage freier Selbstverwaltung möglich sei. Zum Schluß wird in den Beschlüssen auf das Dreiklassenwahlrecht als auf die letzte Ursache aller der vorhandenen Mängel hingewiesen und seine Beseitigung gefordert.

Wie viel leichter wäre der Groß-Berliner Bevölkerung das letzte schwere Jahrzehnt geworden, wenn man beiseite solche vorausschauenden Pläne der sozialdemokratischen Fraktion verwickelt hätte. Und jetzt sind genau die gleichen Kräfte, die sich der Schaffung von Groß-Berlin stets entgegenstimmten, wieder eifrig am Werk, jede freiwillige und soziale Ausgestaltung der Einheitsgemeinde zu verhindern. Wird die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins, die am 25. Oktober ihr Schicksal selbst zu bestimmen hat, nicht endlich mit solchen Gemeindevorstern aufrechnen?

Hugo Heimann.

Aus den Bezirken.

3. Bezirk — Wedding.

Die am 23. September tagende Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Wedding beschäftigte sich mit einem Antrage unserer Fraktion, der das Bezirksamt ersucht, bei dem Magistrat dahin zu wirken, daß die Mietern für die Dienstwohnungen in den städtischen Häusern mit den Einkommensverhältnissen der Dienstwohnungsinhaber in Einklang gebracht werden. Genosse Hennicke, der den Antrag begründete, wies darauf hin, daß durch die Tätigkeit der unter dem Borjig des deutschnationalen Stadtrats Bethge arbeitenden Abschätzungskommission eine große Erregung entstanden sei. Die Kommission habe sich nicht gekümmert, die Mietern für die Dienstwohnungen der Rektoren von 1000 M. Friedeshöhe teilweise auf jährlich 1400 M. heraufzusetzen. In ähnlicher Weise ist man bei den Wohnungen der Schulhausmeister verfahren. Der deutschnationale Stadtrat, der sein Vorgehen zu verteidigen suchte, fand bei der Bezirksverordnetenversammlung wenig Gegenliebe. Einstimmig wurde der Antrag der SPD. angenommen.

4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksverordnetenversammlung Prenzlauer Berg vom 16. September wurde kürzlich auf unsere Anregung hin beschlossen, das Bezirksamt solle versuchen, durch Beschaffung von Arbeit der Arbeitslosigkeit zu steuern. Es wurde darauf hingewiesen, daß Straßen, Schulen und anderes mehr in Ordnung zu bringen seien, daß versucht werden müsse, hierzu die Mittel und Arbeitsgelegenheit zu beschaffen. Dem durch die Preissteigerung vergrößerten Elend der ärmeren Bevölkerung soll durch die Beschaffung und den Verkauf von Fleisch, Kartoffeln usw. wie in den Vorjahren entgegenwirkt werden. Für die durch Ermäßigung auf die Straße gemworfenen Mieter soll durch schnelle Beschaffung einer Unterkunft gesorgt werden. Die Badeanstalt Oberberger Straße soll ansatz an einem an zwei Tagen in der Woche für Frauen geöffnet werden. Die Verhandlungen mit Kleingartenvereinen über die Ausweisungen von Dauerkleingärtnern werden weitergeführt. In der Prenzlauer Allee wird die Promenade im Zuge der Chodowietzstraße durchbrochen und damit der Fußverkehr besser geregelt. Zu einem Antrage der SPD-Fraktion, die Stelle des zweiten Bürgermeisters wieder zu besetzen, lag ein deutschnationaler Ausschuh Antrag vor (mit 5 gegen 4 Stimmen gefaßt), diese Stelle zu streichen und dazu die Genehmigung des Oberpräsidenten einzuholen. Von unserem Genossen Hecht wurde nachgewiesen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen zwar die Person, aber nicht die Stelle abgebaut werden könne, und daß die Versammlung mit der Annahme des Ausschuh Antrages eine Ungeschicklichkeit begehen würde. Die kommunistische Fraktion erklärte ihr Einverständnis mit dem Ausschuh Antrag. Schließlich fand ein Antrag der demokratischen Fraktion Annahme, die Angelegenheit bis

nach den Wahlen zu vertagen. Zum Schluß wurde in geheimer Sitzung von dem Bezirksverordneten Kleinau, der von den Demokraten gewählt, aber im vorigen Jahre Hospitant bei der Deutschen Volkspartei geworden ist, in einer ungewöhnlich zynischen Weise gegen das Bezirksamt der Vorwurf erhoben, daß die Beamten nicht nach ihren Befähigungen befördert seien, sondern daß man „Novembersozialisten“ bevorzugt habe. Trotzdem Bürgermeister Genosse John an Hand einer Liste nachwies, daß von einer großen Anzahl Beförderungen nur ein ganz geringer Prozentsatz Sozialdemokraten und von den Anfragern aus 39 Beförderungen nur drei herausgegriffen sind, wurde die aufgestellte Behauptung nochmals von dem deutschnationalen Dießener und dem Herrn Kleinau wiederholt. Genosse Kreuziger, der den Genossen John in der Abwehr unterstützte und den Deutschen Volksparteiern die demagogische Raste vom Gesicht riß, mußte sich außerdem vom Bezirksverordneten Dießener nach persönliche Anempfehlen gefallen lassen. Zur Abwechslung machte der Kommunist Stof den Bürgermeister den Vorwurf, daß er sich zu sehr für die Angehörigen der Reaktion eingesetzt habe. Diese außerordentlich bewegte Debatte hat den pflüchlichen Tod unseres von allen geehrten Bürgermeisters John mitverschuldet.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Zu Beginn der letzten Bezirksverordnetenversammlung wurde ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion behandelt, wonach das Bezirksamt beim Magistrat vorstellig werden soll wegen schleunigster Angriffnahme von Rottstanzarbeiten, damit der immer mehr steigenden Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. Der Dringlichkeit wurde nicht widersprochen. Nach der Begründung durch den Genossen Gutekunst versprach Genosse Stadtrat Bräuner weitgehendste Unterstützung des Antrags und Befürwortung beim Landesratsamt. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und der bürgerlichen Mitte fand der Antrag ohne Widerspruch Annahme. Die Rechte stimmte bezeichnenderweise dagegen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden eine Reihe Vorträge zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung gebracht, die die Renovierung des Jugendheims in der Ebertstraße und den Einbau einer Zentralheizung betrafen. Der Entwurf für Neu- und Erweiterungsbauten im Krankenhaus Friedrichshain fand Genehmigung. — An den Magistrat richtete sich der Antrag, für die Erweiterung der Unterkunftshalle auf dem Spielplatz Friedrichshain 70 000 M. bereitzustellen. Für die Wiederherstellung gärtnerischer Anlagen auf dem Büdingenplatz und dem Andreasplatz, sowie die Herstellung der gärtnerischen Anlagen an der Markuskirche wurden Mittel bewilligt. An dieser letzten Antrag knüpfte Genosse Günther das Verlangen, daß nunmehr diese Anlagen auch dem Verkehr des erholungsbefürchtigen Publikums völlig erschlossen werden müßten. Bezirksbürgermeister Genosse Meißlich stimmte dem zu. Die vorerwähnte Zustimmung zu diesen Vorträgen ist ein Beweis dafür, daß die zielbewusste Arbeit der in ihrer Mehrheit sozialistischen Bezirksverordneten Anerkennung findet. Ein Demonstrationsantrag der Kommunisten, die amnestierten politischen Gefangenen betreffend, wurde nach Erklärungen des Stadtrats Genossen Mann abgelehnt. Dann aber wurde die Rechte mobil. Der Antrag unserer Genossen, den Grünen Weg in „Paul-Singer-Straße“ umzuwandeln, hatte es ihnen angetan. Genosse Büchner würdigte in eindrucksvoller Weise die Verdienste Paul Singers um den Berliner Osten. Dann marschierten die Bürgerlichen nachdenkend auf. Steinig von der bürgerlichen Mitte meinte, „man solle doch dem an Grünflächen armen Osten hier im Namen wenigstens etwas Grünes lassen“. Der Mann hielt das für eine Begründung seiner Ablehnung. Der sattsam bekannte deutschnationale Pastor Koch schloß den Vogel mit der Behauptung ab, es handle sich hier seitens der sozialdemokratischen Fraktion lediglich um eine über angelegte politische Propaganda. Von unseren Genossen wurde ihm mit aller Deutlichkeit bedeutet, daß die politische Provokation ihm viel näher liegen wie alle anderen. Der Antrag wurde mit etwa vier Fünfteln gegen die Ablehnung angenommen. Nach diesem gründlichen Reinspül verließen die Deutschnationalen den Saal.

Verbesserte Straßenbeleuchtung in Treptow.

Den dauernden Bemühungen des Bezirksamts ist es gelungen, beim Magistrat eine umfangreiche weitere Verbesserung der Straßenbeleuchtung innerhalb des hiesigen Bezirks durchzusetzen. Die vom Magistrat zugewilligten Verbrauchsmengen lassen es zu, daß sämtliche vorhandenen Brennstellen wieder in Betrieb genommen werden können, wobei auch die zurzeit noch verhältnismäßig große Zahl der Halbnachtlaternen (bis 12 Uhr nachts brennend) erheblich herabgemindert werden kann. Mit der Durchführung dieser Verbesserungen ist bereits begonnen worden. Darüber hinaus hat das Bezirksamt erneut beim Magistrat die Schaffung von neuzeitlichen und hochwertigen Beleuchtungsanlagen in den Hauptverkehrs- und Durchgangstraßen beantragt, da in derartigen Straßen die vorhandenen Beleuchtungseinrichtungen infolge der großen Verkehrsentwicklung nicht mehr als ausreichend angesehen werden können.

Ambulante Behandlungsstätte für Krüppel. Im Verwaltungsbezirk Tempelhof wird vom 14. Oktober 1925 ab in der 1. Gemeindefeld, Berlin-Tempelhof, Rantewallstraße, eine ambulante Behandlungsstätte für Krüppel eingerichtet. Die Behandlung findet am Mittwoch und Sonnabend jeder Woche, nachmittags von 8—4 Uhr, durch eine geprüfte Orthopädin und unter ärztlicher Aufsicht statt. Diese Einrichtung bedeutet eine bedeutende Vereinfachung für die Krüppel und die Angehörigen des Verwaltungsbezirks.

Berliner Tischlerschule (Städtische Höhere Fachschule). Hauptabteilung: Strahmannstr. 6. Tages- und Abendunterricht für Innenarchitektur, Vorbereitungsstufe zum Meister und Werkmeister, praktische, theoretische und künstlerische Ausbildung für Tischler, Bildhauer und Drechsler, Unterricht in Holzverbindungen, Fachzeichnen, Ornamentzeichnen, Bauverleihen, Materialkunde, Maßstabzeichnen, Buchführung, Fachrechnen, Kalkulation, Werkstättenunterricht: Kunstschleifer, Felgen, Holzeisen, Holzbearbeitungsmaschinen, Modellieren, Schneiden, Drehen, Kantenschneiden. — Nebenabteilungen (Abendunterricht): I. SW., Gartenburgstraße 6, II. N., Grünhalden Str. 5. Anmeldungen für die Doppelabteilung: Strahmannstr. 6; werktäglich von 10—12 Uhr nachmittags, und außerdem am 5. Oktober 6—7 1/2 Uhr nachmittags; für die Nebenabteilungen in den betreffenden Schulhäusern. — Beginn des Winterhalbjahres 1925/26 am 5. Oktober 1925. — Neue Berufsmittelprüfungen beginnen erst im April 1926, doch wird empfohlen, schon jetzt zur Vorbildung an den freien Kursen teilzunehmen.

Der Vater Genosse Otto Gessine, Wegandstr. 38, der im früheren 5. Reichstagswahlkreis viel Parteiarbeit geleistet hat, stirbt am 25. September seinen 70. Geburtstag.

Das Fest der Silberhochzeit beinahe am 23. September unter langjähriger Abwesenheit und Verzögerung Eduard Verlach mit seiner Gattin.

M. SCHULMEISTER
Hochbahnstation Kottbusser Tor
Straßen-Anzüge
48.— 54.— 60.— 70.— 80.— 90.—
Winter-Ulster und Paletots
49.— 54.— 60.— 70.— 80.— 90.—
Sportpelze — Gehpelze

Die feine Küche
kann nicht ohne Mondamin auskommen. Die hervorragenden Eigenschaften dieses blütenweißen Produktes, seine Ausgiebigkeit und sein hoher Nährwert machen es zu einem Universalmittel für die feinste Küche. Die warmen Hauptspeisen sowohl als auch jeder Kuchen, jede Süßspeise, Sossen, Fruchtsäfte und Breie erfahren durch Mondamin eine wesentliche Verfeinerung. Versuchen Sie es und Sie bleiben immer bei

MONDAMIN

Aller guten Dinge sind



**Hochwertige Ware !
Riesenauswahl !
Und UNSERE Preise !**

**DIE
NEUE
ECKE**

C&A
BRENNINKMEYER

**Sonnabend, den 26. ds.
nachm. 4 Uhr geht's los!**

Bankiersozialismus?

Von Professor E. Sebezer, Heidelberg.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der besonders schwierigen englischen Wirtschaftslage, welche durch die überstürzte „künstliche“ Hinaufreibung der englischen Währung noch sehr verschärft wurde, stehen Ideen, welche auf die Überwindung der Krisen überhaupt, auf die Herstellung eines krisenlosen Wirtschaftszustandes abzielen. Da die Krise nur der Ausdruck für die mangelnde Organisation innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft ist, da in der Tat niemals zu viel Produkte für menschliche Bedürfnisse, sondern nur zu viele Waren für den Markt erzeugt werden, müßte grundsätzlich die Krise durch eine Organisation der nationalen Gütererzeugung vermieden werden können. Dies ist ja auch einer der Gedanken, welche in den sozialistischen Systemen eine große Rolle spielen.

Es fragt sich nur, wie eine solche Organisation der Volkswirtschaft verwirklicht werden sollte? Denn alle Tendenzen zur Ausschaltung der freien Konkurrenz, zur Beseitigung der Anarchie in den Produktionsverhältnissen bewegen sich bisher in einem sehr engen Rahmen. Die Kartelle und Trusts erfassen doch in den meisten Fällen nur eine bestimmte Industrie und sind bisher selten auf internationaler Basis errichtet worden. Selbst in Volkswirtschaften mit sehr fortgeschrittener Kartellorganisation kann jedoch von einer Ordnung der ganzen Volkswirtschaft und einer systematischen Leitung ihrer Produktivkräfte gar keine Rede sein. Denn die Kartelle verstehen es zwar in gewissem Grade, die schweren Wirkungen der Krise durch Produktionsbeschränkung für sich selbst auszuschalten, aber sie streben nur die Verlagerungen für diejenigen Industrien, welche sich nicht organisieren können, wie namentlich die zerstückelten Fertigungsindustrien. Diese trifft die Wucht einer ungunstigen Geschäftslage um so stärker, je weniger sie organisiert sind und je mehr sie für den Export arbeiten.

Diese Situation kann auch grundsätzlich nicht durch einen Ausbau des Kartellgedankens überwunden werden, denn das Kartell ist seinem Wesen nach eine horizontale Organisation, das heißt, es faßt zweckmäßigerweise nur Betriebe derselben Produktionsstufe zusammen. Wenn es nur zur vertikalen Organisation überginge, würde es zu verschiedenartigen Betrieben und zu mannigfachen Aufgaben in sich vereinigen, deren Bewältigung und Lösung mit privatwirtschaftlichen Mitteln kaum möglich erscheint.

So muß jede Organisation der kapitalistischen Wirtschaft, welche von der Produktionsseite her erfolgt, unvollständig sein. In der Tat finden wir, daß in den Gebieten der streifen Wirtschaftorganisationen, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, die Führung auf das Finanzkapital übergeht. Auch in Deutschland hat die Zeit seit der Stabilisierung, besonders seit dem Zerfall des Sinneskongresses und der Anbahnung gemächlicher Unternehmungen, die vor dem Kriege entsetzliche Position des Finanzkapitals wiedergebracht und gesteigert. Wenn also überhaupt eine Organisation der kapitalistischen Volkswirtschaft erfolgen soll, so ist das nicht von der Produktionsseite her möglich, sondern nur durch wirtschaftliche Mächte, welche die Produktion entscheidend beeinflussen können, ohne selbst ihre spezifischen Aufgaben lösen zu müssen. Es ist vielleicht das wichtigste Ergebnis der Diskussionen der letzten Jahre, immer deutlicher herausgearbeitet zu haben, daß in modernen zentralisierten Bankwesen, in der Verfügung über den Kredit eine solche wirtschaftliche Macht heute bereits gegeben ist. In einem interessanten und geistvollen Aufsatz von Professor Schumpeter, der unter dem Titel „Kreditkontrolle“ in jüngstem Heft des „Archivs für Sozialwissenschaft“ publiziert wurde, entwickelt der Autor in Weiterführung von Gedankengängen, welche auf Keynes zurückgehen, Ideen, wonach das Wirtschaftsleben in planmäßiger Weise durch Handhabung der Währungspolitik und der damit zusammenhängenden Kreditpolitik gestaltet werden kann. Das Mittel hierfür ist ein sehr einfaches: die zentrale Bankorganisation, welche über die Weiterverteilung der nationalen Ersparnisse und die Gewährung zureichenden Kredits verfügt, hat es in der Hand, durch individuelle Bemessung der Kredite das Entwicklungstempo der einzelnen Industrien zu bestimmen und darüber hinausgehend diese selbst in ihrer Arbeit dadurch entscheidend zu beeinflussen, daß sie die Gewährung des Kredits an bestimmte Bedingungen knüpft, zum Beispiel bessere Organisation der Erzeugung, Wenderung der Produktionsrichtung usw. Es kann also von innen her durch Zurechnung der für jedes Unternehmen notwendigen flüssigen Mittel in systematischer Weise die Volkswirtschaft in ihrer Entwicklung beeinflusst werden.

So schön und richtig dieser Gedanke ist, so werden sich allerdings sofort Einwände beziehungsweise Gegenfragen. Es ergibt sich zum Beispiel sogleich das Problem, ob in der Tat eine solche Leitung der ganzen Volkswirtschaft durch Kreditkontrolle möglich ist? Sie ist nur möglich auf Grund einer detaillierten Kenntnis aller Vorgänge in der Volkswirtschaft, der gegenüber es, wie Schumpeter selbst sagt, überhaupt kein privates Geschäftsgeheimnis mehr geben kann. Die zentrale Bankorganisation muß die Kalkulationen, Pläne und Ausschichten aller Industrien genau kennen, sie muß den ganzen Kosmos der wirtschaftlichen Produktionsanlagen und ihres Funktionierens und Ineinandergreifens überblicken, um in richtiger Weise oder überhaupt nur so vorgehen zu können, daß dieses Produktionssystem reibungslos funktioniert. Unter dieser Bedingung ist allerdings die Aufgabe lösbar, weil ja in der Tat bei einer solchen allmächtigen Verfügung über die Kaufkraft in der Volkswirtschaft die Menge des zur Konsumtion bestimmten Sozialprodukts und seine Verteilung auf die einzelnen Kreise der Gesellschaft mit einer großen Genauigkeit bestimmt werden kann.

Einer solchen Zentralstelle gegenüber sinkt die Macht der Produktionsorganisationen, also der Kartelle und Trusts, sehr stark, wenn man nicht annimmt, daß umgekehrt diese Zentralstelle in erster Linie

Lehren der Außenhandelsstatistik.

Bei der Beurteilung des deutschen Außenhandels werden in der Regel nur die Bruttowerte, nicht aber auch die Zusammenfassung des Außenhandels in Betracht gezogen. Im folgenden stellen wir gegenüber die Ein- und Ausfuhr des deutschen Zollgebietes im August 1924 und im August 1925.

Der Außenhandel nach Warengruppen.

	in Millionen Mark			
	Einfuhr		Ausfuhr	
	August 1924	August 1925	August 1924	August 1925
I. Lebende Tiere	5,0	12,9	2,0	0,4
II. Lebensmittel u. Getränke	152,4	458,6	50,4	28,0
III. Rohstoffe u. halbf. Waren	190,7	552,4	80,9	148,4
IV. Fertige Waren	89,1	150,6	454,7	552,7
V. Gold und Silber	11,0	124,8	1,4	2,9
	448,2	1303,4	599,4	727,4

Die Zahlen sind überaus lehrreich. Im Monat August 1924 betrug die Passivität der Handelsbilanz etwas über 140 Millionen. Wie eine Durchsicht der einzelnen Posten klar zeigt, ist die Zunahme der Passivität im August 1925 wesentlich zurückzuführen auf die stark vergrößerte Lebensmitteleinfuhr (unter Einrechnung des Ausfalles an deutscher Ausfuhr zirka 330 Millionen). Ebenso hat die Rohstoffeinfuhr um 300 Millionen zugenommen (unter Berücksichtigung der deutschen Rehrerausfuhr). Besonders überraschend ist jedoch die Entwicklung des Fertigwarenaußenhandels, in dessen Statistik die Sachlieferungen auf Reparationskonto nicht enthalten sind, die es August 1924 in diesem Umfange noch nicht gab. Während die Fertigwareneinfuhr um zirka 70 Millionen gestiegen ist, hat sich die Fertigwarenausfuhr um fast 100 Millionen gehoben. Dies ist jedoch in Wahrheit der eigentliche entscheidende Faktor für die Beurteilung der Außenhandelsentwicklung, zeigt er doch deutlich, daß gerade bei den Waren, die im allgemeinen der verhältnismäßig höchsten Zollbelastung durch das Ausland unterliegen, eine sehr starke Zunahme der Ausfuhr möglich war. Daß es sich hierbei nicht nur um eine Zufallsercheinung, sondern um eine dauernde Tendenz handelt, möge die Gegenüberstellung der Fertigwarenausfuhr von Januar bis August 1924 und Januar bis August 1925 zeigen. 1924 wurden ausgeführt in den ersten acht Monaten an industriellen Fertigfabrikaten 3215,2 Millionen, im Jahre 1925 in der gleichen Zeit 4241,2 Millionen. Auf die ersten acht Monate gerechnet betrug die Steigerung der Fertigwarenausfuhr im Jahre 1925 gegen das Jahr 1924 also über eine Milliarde, pro Monat 125 Millionen durchschnittlich. Das Ergebnis ist also noch günstiger, als es sich beim Vergleich der Augustzahlen allein ergibt. Diese Ziffern berechnen zu großem Optimismus für die künftige Entwicklung der deutschen Handelsbilanz. Denn die gute Ernte wird einen großen Teil der Lebensmitteleinfuhr, die im vorigen Jahre notwendig war, überflüssig machen, während kein Grund vorliegt, anzunehmen, daß die Steigerung der Fertigwarenausfuhr, die im Juli und August 1925 ihren bisherigen Höhepunkt erreichte, aufhören wird.

Handelsbilanz und Getreidezölle.

Abgesehen von diesen allgemeineren Perspektiven bietet jedoch die Außenhandelsstatistik für den August 1925, die leider bisher nur im Auszuge vorliegt, Anlaß zu einigen interessanten Beobachtungen. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes hat sich die Weizeneinfuhr noch beträchtlich über den Vormonat erhöht, der bereits die höchste Monateinfuhr des Erntejahres 1924/25 zeigt.

von den industriellen und kommerziellen Organen her ihre Direktiven erhält.

Damit kommen wir aber zum springenden Punkt dieses Vortrages. Eine solche Organisation verläßt nämlich nicht den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Sie ist weiterhin von denselben Kräften getragen, welche die Wirtschaft auf Basis einer mehr oder minder starken Konkurrenz und einer mehr oder minder erfolgreichen Organisation aufgebaut haben. Auch in einer solchen Organisation wird nach dem Prinzip des Profits gewirtschaftet und die Entscheidung darüber, wozu produziert werden soll, wie hoch der Reallohn sein darf, in welchem Tempo er sich steigern darf, würde dann bewußt vom Interessengruppenpunkt der kapitalistischen Unternehmungen beeinflusst werden. Es sprechen triftige Gründe dafür, daß eine solche Regelung keineswegs die Tendenz hätte, zu einer raschen Steigerung des Reallohnes zu führen. Wenn man die letzten Möglichkeiten, die in einer solchen Organisation der Volkswirtschaft liegen, überdenkt, so findet man, daß die Organisation der Produktivkräfte allein noch nicht eine sozialistische Ordnung darstellt, sondern daß im Gegenteil bei einer solchen erfolgreichen Organisation die Frage erst recht reinlich herausgearbeitet wird, wer organisiert und in wessen Interesse organisiert werden soll. Eine solche Regelung und Leitung der Produktivkräfte würde einen Sozialismus der Bankiers bedeuten, und es ist zumindest sehr zweifelhaft, ob die breiten Massen der Konsumenten in diesem Rahmen auch nur einen geringen Teil dessen erreichen könnten, was sie mit Recht von einer Verwirklichung sozialistischer Ideen fordern können.

Die deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen.

Nach dem deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen vom 17. November 1924 hatten sich die beiderseitigen Regierungen dahin geeinigt, spätestens vom 1. Oktober 1925 ab die noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen im gegenseitigen Verkehr aufzuheben. Nachdem beide Regierungen Wünsche dahin geäußert hatten, aus besonderen Gründen einige Einfuhrbeschränkungen noch über den 1. Oktober 1925 hinaus beizubehalten,

Beachtlich ist zunächst, daß im August 1924 die Ausfuhr die Einfuhr überzog, so daß wenigstens der Menge nach ein Ausfuhrüberschuß vorlag, der freilich wertmäßig infolge des geringeren Preises des Inlandsweizens nicht zum Ausdruck kam. Bei dem Einfuhrüberschuß dieses Jahres dürfte sich in erster Linie eine Folge der demagogischen Politik des Reichsernährungsministeriums zeigen, das die Ausfuhrverbote für Getreide viel zu spät aufhob, offensichtlich, um mit Hilfe dieses künstlichen Preisdrucks die Getreidepreise während der Zolldiskussion herunterzudrücken; zweitens aber scheint hier eine spekulative Vorverjüngung des Getreidehandels und der Mühlen mit Rücksicht auf die am 1. September in Kraft tretenden Zölle stattgefunden zu haben. Dies ist um so bemerkenswerter, als der „Sachverständige“ Dr. Hugo Meyer, Generaldirektor der Getreidekommission L.-G. in Düsseldorf, der größten deutschen Getreidehandelsfirma, die gleichzeitig einen stattlichen Mühlenkonzern kontrolliert, in den Verhandlungen des Zolltarifsausschusses des Reichstagsrates über die Agrarzölle am 4. Juni dieses Jahres erklärt hat:

„daß, obgleich ein gewisser Zoll heute droht, sich gar kein bösen Spekulation heute regt und daß wir in der Praxis ein so geringes Geschäft haben, wie wir es seit Monaten nicht gehabt haben. Kein Mensch kauft etwa auf Rechnung. Voraus ist das zurückzuführen? Darauf, daß der Zoll von 3,50 M. der heute droht, gar keine bedeutende Rolle spielt. Wir haben in den letzten zwei Jahren so große Preisschwankungen gehabt, daß unter Umständen in drei oder vier Tagen durch die großen Preisschwankungen in Chicago der Preis so herunter oder höher geht, wie es vorher war, daß derjenige, der spekulieren und Getreide vor dem 1. August ins Inland einführen würde, ein sehr schlechtes Geschäft dabei machen würde, weil er, wenn der Chicagoer Markt heruntergeht, in zwei oder drei Tagen mehr verliert als am Zoll verdienen kann.“

Trotz dieser Warnung eines interessierten Sachverständigen haben die Getreidehändler offenbar mit Rücksicht auf die eintretenden Zölle Weizen in großen Mengen mehr importiert, als dem Einfuhrbedürfnis des August entsprach. Es zeigt sich also, daß der „Sachverständige“ zwar sachverständig war, soweit die Verluste der importierenden Spekulanten in Frage kommen, daß er aber höchst unsachverständig in der Beurteilung seiner Kollegen war — offensichtlich nicht auch seiner eigenen Geschäftsführung —, denn eine Einfuhrsteigerung in der Höhe, in der offenbar stattgefunden hat, kann anders nicht erklärt werden. Auch hier zeigt sich wieder einmal, daß es mit der Sachverständigkeit der Interessenten eine zweifelhafte Angelegenheit ist, selbst mit der Sachverständigkeit, was ihre eigenen Interessen betrifft, denn diesmal hat wirklich die Weltbörse Chicago einen Strich durch die Rechnung gemacht, da dort der Weizenpreis sich von Anfang August bis jetzt um zirka 20 Cent pro Bushel, d. h. um den Zollobtrag, gesunken ist. Obendrein sind die Weizenpreise in Deutschland noch stärker gefallen, da eben diese Vorverjüngung des Handels ihn dazu zwang, einerseits Ware überflüssig abzustufen, andererseits ihn aufzustand setzte, das andrängende inländische Getreideangebot aufzunehmen. Dies wurde naturgemäß noch dadurch verschlimmert, daß auch die Einfuhr an Mältereierzeugnissen wesentlich zugenommen hat infolge jener Vorverjüngung der Zölle, daß der Handel versucht, Zollgewinne zu machen. So haben die Zollgesetzgebung und die sich aus ihr ergebenden Folgen zunächst einmal die deutsche Handelsbilanz für den Monat August 1925 recht erheblich verschlechtert.

haben Anfang September hierüber Besprechungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Regierungen in Bern stattgefunden. Hierbei ist vereinbart worden, daß die Frist für den Ablauf der gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen auf den 31. Dezember 1925 verlängert wird, daß aber die große Mehrzahl der heute noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen bereits vom 1. Oktober d. J. ab wegfallen soll. Nur für einige wenige Warengruppen soll das Bewilligungsverfahren bis auf weiteres noch beibehalten werden. Die deutsche Liste der auch nach dem 1. Oktober 1925 gegenüber der Schweiz noch einfuhrbeschränkten Waren umfaßt: Alpenpflanzen; Riefenlamen und Fildensamen; Viktor usw., Wein, Schaumwein, Weine mit Heilmittelzusätzen; Margarine, Margarinetfische, Kunstspeisefett; Zement; Kohle, Bleierz; Kalkstaub; Bleimennig, Bleiweiß; Vanillin; Morphium, Kodelin und deren Verbindungen; Zellhorn; beschichtete Filme; Kobaltumminium.

Die Liste der von der Schweiz Deutschland gegenüber noch vorbehaltene Einfuhrbeschränkungen umfaßt: Nadelholz roh (Rundholz); Bretter aus Nadelholz; Druck- und Schreibpapier, einfarbig, anderes; Papiere und Kartons, mit geprehten und geprägten Dessins; Runderdeisen bis und mit 20 Millimeter Durchmesser; Fasoneisen bis und mit 30 Millimeter größte Breite; Eisen, gezogen oder kalt gewalzt; Blech, Draht- und Schloßernaren; emaillierte Eisenblechwaren; Holzbearbeitungsmaschinen; Heißera und Ampfstoffe; Zäunhölzer.

Im übrigen ist vereinbart worden, daß im Laufe des Winters zwischen beiden Regierungen Handelsvertragsverhandlungen stattfinden sollen. Ueber einige vordringliche beiderseitige Tarifwünsche werden schon Ende September Verhandlungen eingeleitet.

Die Umgestaltung der Deutschen Werke, Spandau. Ueber den Aufbau der neugegründeten Deutschen Industrie-Werke Aktiengesellschaft, Berlin-Spandau, erfahren wir, daß es sich im wesentlichen um acht verschiedene Fabrikationsbetriebe handelt. Neben dem Hüttenwert, das Stahl-, Walz- und Schmiedepreßwert-erzeugnisse herstellt, liefern die Glaserischen Stahl-, Temper-, Graß-, Bronze-, Messing- und Aluminiumguss. Eine Schraubenfabrik fertigt schwarze Schrauben, Muttern und Nieten. Die Landmaschinenfabrik baut Pflüge, Hack-, Drill-, Erntemaschinen sowie Drehschneidmaschinen, während in zwei Maschinenfabriken Maschinenteile aller Art für Eisenbahn- und Automobilindustrie gefertigt werden.

ENVER BEY GOLD 518 ENVER BEY TULA 618

Arbeiterport.

Arbeiter-Fußballspiele am 27. September.

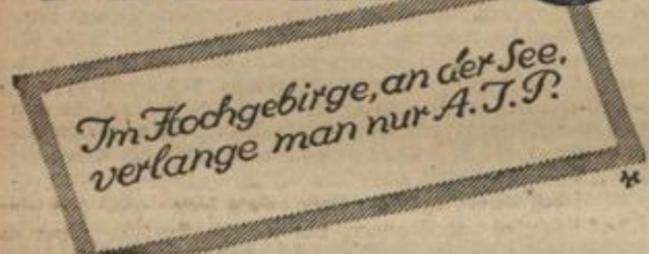
sonie der Serienbau von Holzbearbeitungsmaschinen und die...
Waffenfabrikation von Bestteilen ausgebildet wurde. Eine Wagn...
Förperfabrik wurde besonders auf den Karosseriebau für Perso...

Das Ende eines Inflationskonzerns. Wegen unklarerer Wett...
bemerks und Bergehens gegen die handelsgehehlichen Vorschriften...
ist, wie uns aus München gemeldet wird, der Leiter des zusam...

Der Einzelhandelsausschuss des Deutschen Industrie- und...
Handelstages (siehe in einer Sitzung, die in der vorigen Woche in...
Hamburg stattfand, eine Entschlieung, in der es heißt:
„Der Ausschuss hält einen baldigen Abbau der Inlands-

Im Zeichen des Preisabbaues: Preisrückgang für Holz...
schrauben. Der Verband Deutscher Holzschraubenfabriken in Köln...
hat die Preise für eiserne Holzschrauben mit sofortiger Wirkung u...

Die echten holländischen POLAK PUDDINGE



Bezirk Rachen. Abt. A: Adler 08 gegen Arbeiter-Turnverein Pantow...
dem Andreas-Boden-08. Adler 12 gegen Bernau in der Christlichsoz...
Feldstraße gegen Rodiska auf dem Tiergartenplatz in der Schönhauser Allee...

Arbeiter-Sportarten 12. Bezirk. Sonnabend, 26. September, 8 Uhr, findet...
auf dem Richte-Turnplatz in Berlin, an der Rennbahn, die Sportlerbetrie...

Turnverein Oberpren. Oberflächenweibe. R. d. V. L. u. G. Sp. Sonntag...
7. September, findet unsere Kartoffel- und Bernaspattie nach Schöneiche bei...

Spezial Electric 08. Möglich bei Arbeiter-Turnvereine, veranstalt...
am Freitag, 26. September, 8 Uhr, im Kocher-Gesellschaftssaal, Miele...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gesellschaftliche: Berlin S. 14, Gehaltstr. 37/38, Hof 2 Tz.
Reinverein Reinverder. Sonntag, 8. 27. September. Po...

Der Reichsbund der Kriegswitwen, Kriegskrieger und Krieg...
hinterbliebenen, Ortsgruppe Eiden, veranstaltet am Sonnabend, 8. 27. im...

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 28. September, abends
7 Uhr, im Sitzungssaal des
Verbandsbauers, Cinenstr. 83/85:

Pauline Wittenberg
geb. Böhm
im 71. Lebensjahre
In höchster Trauer
Fritz Wittenberg u. Töchter
Berlin, Am Friedrichshagen 2, 24. Sept.

Billige Lebensmittel

Advertisement for 'Billige Lebensmittel' featuring various food items like wurstwaren, Obst u. Gemüse, Frisches Fleisch, Kolonialwaren, Käse, Butter u. Fette, and Fische. Includes prices and descriptions for each category.

Advertisement for 'Hermann Tetz' featuring 'Sonderarbeiten - Ausstellung und Verkauf von preiswerten Sonderarbeiten'. Includes a list of products like Schokoladenkeks, Sandgebäck, Pralinenmischung, Blockschokolade, Speiseschokolade, and Bendorp-Kakao.

Mein Freund, der Mörder.

Skizze von Louis Sonolet.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

Ich kenne ihn nicht in dem fast hermetisch abgeschlossenen Hospital kennen, wo man kaum Bekanntschaften macht. Rein; unter der weißen Blut des unbegrenzten afrikanischen Himmels tauchte er vor mir auf. Er trottete gemächlich seines Weges, wie das harmloseste der Wesen. Ich hatte eben Bandiagara, die alte Eingeborenenstadt des Nigertales erreicht. Der Administrator des Kreises war mit entgegengekommen; vier oder fünf, in zerlumpte Leinwand gekleidete Schwarze, die mein Gepäck tragen sollten, begleiteten ihn. Während wir im Schatten riesiger Wollbäume dahingogen, sagte er, auf einen der Träger zeigend:

„Sehen Sie diesen großen Schlingel, der mit Ihrer Konservendose auf dem Schädel, leise singend, ausschreitet? Nun, das ist ein zum Tode Verurteilter.“

Obgleich ich wußte, daß im Westen Afrikas paradoxe Formen im Strafwesen angewendet werden, konnte ich doch nicht umhin, einigermaßen überrascht zu sein. Ich betrachtete den Mann mit einer gewissen Neugierde. Sein tintenschwarzes Gesicht strahlte vor gutmütigem Grinsen. Die halbgeschlossenen Augen schienen in Wohlbehagen versunken, während von den wulstigen Lippen, um die ein Zug von Verschlagenheit spielte, Fälschöne eines nicht endenden Singlanges kamen.

Mein Begleiter fuhr fort:

„So, er hat seine Frau unter ganz günstigen Umständen getötet, indem er sie unter einem Steinblock zermalmte. Vor dem Schwurgericht hat man nichts zu seiner Verteidigung anführen können; er antwortete auf alle Fragen mit seinem ruhigen Lächeln — dem eines braven Kindes — wie Sie es bei ihm sehen. Dieses Lächeln erlitt auch bei der Verkündung des Todesurteils keine Unterbrechung. Ueber ein Jahr hat er warten müssen, bis der Gerichtshof von Saint-Louis die Strafe bestätigte. Und jetzt sehen wir seit 5 Monaten dem Bescheid auf sein Gnadengesuch entgegen.“

Das Verbrechen datiert so weit zurück, daß niemand mehr daran denkt; er weniger als jeder andere.“

„Und den lassen Sie so herumlaufen?“

„Uns fehlen die Gefängnisse modernen Typs. Ich verwende ihn zu allen möglichen Arbeiten, die er ganz ausgezeichnet verrichtet. Ein sehr tüchtiger, äußerst zuverlässiger Mann.“

„Wirklich? Außerst zuverlässig, übertreiben Sie nicht?“

„Nicht im entferntesten. Und ich möchte während Ihres Aufenthaltes in Bandiagara Ihnen diesen Mann als Diener beigegeben.“

Das Angebot entbehrte so wenig des Reizes, daß ich es schleunigst annahm. Verdammt, es wird einem nicht an jeder Begrüßung ein zum Tode Verurteilter als Page offeriert. Ein Mann hätte es an Sanftmut nicht mit ihm aufnehmen können, ein Renfundsänder nicht an Treue. Da er mein Interesse für die Waffen des Landes bemerkte, bemühte er sich, mich in die Kenntnisse derselben einzuwöhnen. Es wirkte wie eine lustige Ironie, wenn dieser Mörder in meine Hütte kam und eine Lanze oder Streitaxt schwang. Man war versucht zu glauben, er wolle sie gegen jene kehren, die der Vollziehung des harten Urteils, das ihm drohte, beizuhelfen würden. Täglich rückte der Termin näher. Man konnte den unerschütterlichen Frieden seiner Seele erkennen, wenn man sah, wie er nach getaner Arbeit, ohne Sorge um den kommenden Tag, aus seiner kleinen Pfefze, die einen Kopf aus Eisen hatte, Rauchwolken blies. Ich wagte nicht, diese vollkommene Ruhe mit einer Frage nach seiner unheiligen Vergangenheit zu stören. Und tat es eines Tages doch.

„Worum hast du deine Frau getötet, Samba Cado?“

„Weil meine Frau war sehr böse, Muijöh. Sehr recht getan.“ So absolvierte er sich. Konnte man sich darüber wundern? fand er nicht mehr Sympathie als Verachtung bei der Besöck-

Justitias Wäscheweche.



„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

„Ich hab' schon manchen Dreck reingewaschen, aber die Barmatweste von dem Assessor Kufmann krieg' ich nicht wieder sauber.“

Der Hochverräter.

Erinnerungen aus schweren Tagen.

Von Adolph Hoffmann.

(Schluß.)

Man hatte bei der Gefängnisstufe etwas Geld für mich eingezahlt, und ich konnte mir Zubrot aufschreiben lassen, denn ich war bei der Gefängnisstufe sehr heruntergekommen. Ich konnte das Kaffeebrot nicht vertragen und brach es in der ersten Zeit immer wieder aus.

Meinem Schlieher tat ich leid, und er meldete mich dem Arzt, ohne mir davon etwas zu sagen.

Eines Tages wurde die Zelle aufgeschlossen, und ein Mann in weißem Mantel trat ohne Gruß mit der rauh hervorstechenden Frage ein: „Was fehlt Ihnen?“

Ebenso kurz antwortete ich: „Die Freiheit.“

Hinter dem Wehmannteligen winkte mein Schlieher mir zu. Ich begriff nicht, was er wollte. Der weiße Mann sagte barsch: „Wenn Ihnen weiter nichts fehlt, brauchen Sie mich nicht zu inkommodieren.“

Der Schlieher winkte noch energischer. Ich in meiner Ratlosigkeit fragte: „Ja, wer sind Sie denn?“

„Ich so,“ höhnte der Angeredete, „ich habe Ihnen wohl noch nicht meine Visitenkarte überreicht. Ja, ja, ich habe es ja immer gesagt, es ist hier ein entsetzlicher Rangel an Komfort. Also, ich bin der Arzt, nach dem Sie verlangt haben.“

Wieder gestikulerte der Schlieher. Und als das Wort „Ich?“ meinen Lippen entfloß, fuhr er dazwischen und sagte: „Der Häftling bricht mittags und abends die Mahlzeit immer wieder heraus.“

Manchmal ist man begriffsstuhlig. Aber endlich begriff ich und ergänzte mein „ich“ mit — „kann das Essen nicht vertragen.“

„Wo haben Sie vordem gegessen?“ fragte er: „Ich reise,“ erklärte ich „und speise daher in besseren Hotels.“

„Wie lange sind Sie hier?“

„Hier Wochen.“

„Ach,“ antwortete der gefühlvolle Jünger Nestulaps, „unser Haus ist auch ein Hotel. Kriegt jeder seine Portion. Wenn Sie erst vier Monate hier sind, sollen Sie mal sehen, wie es schmeckt.“

„Raus“, Zellentür zu — und Kopf und Reiter sah man niemals wieder.

Am andern Tage erhielt ich Semmel statt Brot, aber sonst daselbe Essen. Der Schlieher hatte mir Krankentrost verschaffen wollen. Jetzt war ich noch schlimmer dran, denn von den Semmeln wurde ich erst recht nicht satt. Selbst mein ruhiger und gewissenhafter Gefangenenwärter ging am andern Mittag aus sich heraus

und sagte: „Es ist doch eine Schande. Hier neben sich ein alter gedienter Zuchthäusler, der schon fünfzehn Jahre übern Berg war. Der kriegt Krankentrost, und Ihnen verweigert man sie.“

Ich bin fest überzeugt, wenn der Kalfaktor, ein wegen Wechselräuberei mit drei Monaten bestraffter Kaufmann, der seine Strafe als Kalfaktor absdiente, mir häufig noch einen Kanten Brot zustellte, geschah es unter wohlwollender Duldung des Schliehers, der sich auch in diesem Jammertal des Glends seine Menschlichkeit nicht hatte rauben lassen.

Einmal wurde noch die Monotonie, die mich jetzt bedrückte, denn ich wurde nicht mehr vorgeführt, unterbrochen. Mein Anwalt erschien wieder und fragte mich obermals, ob ich Feinde hätte. Ich sollte einmal nachdenken. Ich wäre doch mit meinem früheren Lieferanten, einem Bergoldmeister, entzweit. Ob ich dem zutraue, einen solchen Brief unter Nachahmung meiner Handschrift geschrieben zu haben. Ich erklärte das für völlig ausgeschlossen. Unsere Differenzen lagen auf rein geschäftlichem Gebiet. Einer solchen Gemeinheit hielt ich ihn keinesfalls für fähig.

„Na, na,“ sagte mein Anwalt. „Was sagen Sie, wenn ich Ihnen mitteile, ich habe aus Platonys Veranlassung den Kriminalisten aus der Greißwaller StraÙe beobachtet lassen, und dabei ist festgestellt worden, daß er mit Ihrem früheren Lieferanten mehr denn intim verkehrt, besonders in Kellnerinnenlokalen. Ich habe mir dann aus Ihren Geschäftspapieren von ihm Geschriebenes geben lassen und das sieht dem Attentatsbrief ähnlich, wie ein Ei dem anderen. Nunmehr habe ich diese Schriftstücke dem Gericht eingereicht und beantrage, den Lehrer Zint in Erfurt als Schreibfachverständigen zu vernehmen.“

Ich war starr. Auch das wollte in meinen Schädel nicht hinein. Wieder vergingen Wochen, ohne daß ich das allergeringste vernahm.

Warum?

Am 28. Februar, dem fünfzigsten Tag meiner Haft, spielte die große Glocke gegen zwei Uhr mittags viermal, die kleine ebenfalls. Ich horchte. Hatte ich recht verstanden? 585 hatte der Beamte in der Zentrale gerufen. Meinen Schlieher hörte ich die Galerie entlang kommen. Der Schlüssel knarrte, die Tür öffnete sich, und er sagte mit bewegter Stimme: „Hoffmann, Sie scheinen doch wirklich unschuldig zu sein. Nehmen Sie Ihre Sachen.“ In seinem Amtszimmer erhielt ich mein Bündel Sachen zum Umziehen und die Nachricht, daß ich entlassen sei.

Ich mußte noch zur Kasse, um 4 Pfennige Arbeitslohn in Empfang zu nehmen, denn — Ordnung muß sein —, und dann öffnete sich eine eisenschlagene Tür und ein eiserner Torweg nach dem andern. An dem letzten meinte der Schlieher: „Na, nu gehts wohl mit de Schlosshube zuhause.“

„Ja,“ antwortete ich, „wenn man mit den Schlosshuden gekommen ist, muß man auch mit den Schlosshuden wieder gehen. Für meine vier Pfennige Arbeitslohn konnte ich mir keine Laststücke anschaffen.“

Was er antwortete, verstand ich nicht mehr. Der Torweg knallte zu und ich stand draußen in der „preussischen Freiheit“ und wußte ebensowenig warum, wie ich gemußt hatte, warum ich verhaftet war.

Schlusssakorde.

Einige Tage nach meiner Entlassung bekam ich die Terminvorkundung; zwar nicht nach Leipzig. So lächerlich wollte man sich wohl nicht machen, sondern vor das Berliner Landgericht, und zwar wegen Majestätsbeleidigung. Ich sollte durch den fragwürdigen Brief „die meinem Kaiser und König schuldige Chrsuricht“ verkehrt haben.

Im Termin kamen erst die beiden Schreibfachverständigen zu Gehör.

Lehrer Zint-Erfurt erklärte in seinem Gutachten: Der Attentatsbrief hätte mit der Handschrift Hoffmanns keine Ähnlichkeit. Aber der Brief wäre in allen Einzelheiten, die er eingehend anführte, die Handschrift des Berggoldmeisters. Dieser war als Zeuge geladen, wurde auch vernommen, aber als bringend der Täterschaft verdächtig, nicht vereidigt.

Der Polizeifachverständige Seeger gab nunmehr sein Gutachten dahin ab, daß er nach Kenntnisnahme der Ausführungen im Gutachten des Lehrers Zint und nach nochmaligen eingehenden Vergleiches aller Schriftstücke sich jetzt dem Zint'schen Gutachten in allen Stücken anschlieÙe.

Ich wurde freigesprochen, die Kosten der Staatskasse, d. h. den Steuerzahlern, auferlegt.

Wie sehr der Gerichtshof von meiner Unschuld überzeugt war, geht am besten daraus hervor, daß das Gericht auch die Kosten meiner Verteidigung und alle meine daran Auslagen der Staatskasse zur Last legte. Unschuldig für unschuldig erlittene Untersuchungshaft gab es damals noch nicht.

Das Resultat? Ich hatte meine sieben Wochen, richtiger 36 Tage Gefängnis, weg, Weineri eine schmerzbringende Freude und — der Briefschreiber ist bis zum heutigen Tage ungeschoren geblieben. Wenn ich seinen Namen nicht nenne, so geschieht es nicht mit Rücksicht auf ihn, sondern auf seine vielen durchaus ehrenwerten Kinder und in Gedanken daran, daß die Bismard-Pultamerische Spitzelschule das Mißbeet war, auf dem solche Pflanzen geil aufgetrieben wurden.

Rüge: das deutsche Volk sich vor einer ähnlichen Seuche allzeit bewahren!

